

Johannes-Maria Lex

Von: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]

Gesendet: Sonntag, 12. September 2010 13:16

An: s.forstner@dschungelwien.at; daniela.sommer@wienmuseum.at; romana.knorre@stvg.com; veranstaltungen@deutscher-verein.de; empfang@bz-erkner.de; kontakt@deutscher-verein.de; fruhmann1@gmail.com; office@pga.at; michael.kinn@oif.ac.at; josef.urschitz@diepresse.com; redaktion@derdurchblick.at; wassilios@fthenakis.de; wassilios.fthenakis@unibz.it; heidrun.koeppel@uni-graz.at; silvia.berthold@elternwerkstatt.at; silvia.berthold@gmx.net; ikh@vhs.at; PH Bgld. Degendorfer Walter Mag. Dr., Rektor PH Burgendland; SchusterWalter Mag., Direktor VHS Brigittenau ; ikh@vhs.at; lydia.ponleitner-martinek@gruene.at; fb.kakita@dibk.at; z4@phst.at; fortbildung@ph-linz.at; InstitutPE1@phwien.ac.at; maria.schwarzherda@phwien.ac.at; eva.groessing@kphgraz.at; ulrike.fajtak@kphvie.at; gabriele.breitfuss@phsalzburg.at; Holzinger Andrea Mag.a, PH Steiermark; harald.stockbauer@siemens.com; gf.kakita@dibk.at; saskia.sautner@staedtebund.gv.at; daniel.kosak@gemeindebund.gv.at; daniela.sommer@wienmuseum.at; patrice.fuchs@reflex.at

Betreff: Sammelmeldung 13.09.2010

Anlagen: Kinderprogramm 05 Sep 10-Feb11.pdf; F 235-10_Programm_100910.pdf; Anmeldebogen DV 2010.pdf; Erkner.pdf; Einladung_DSCHUNGEL LOUNGE Kindergarten_Kindergruppe.pdf; Abstract.pdf; Einladung 2010.pdf; NL EWS 100912sb.doc; Einladung Grüner Bildungsgipfel.pdf

Plattform EduCare

elementare und außerschulische Bildung

Informationsdienst

<http://www.Plattform-EduCare.org>

informationsdienst@Plattform-EduCare.org

<http://www.facebook.com/pages/Wien-Austria/Elementarpadagogik/177989085992?ref=sgm>

SAMMELMELDUNG**WICHTIGE DOKUMENTE ZUM DOWNLOAD**

- [Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Einführung der halbtägig kostenlosen und verpflichtenden frühen Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen.](#)
- [Bundesländerübergreifender BildungsRahmenPlan für elementare Bildungseinrichtungen in Österreich - Endfassung, August 2009](#)
- [Bildungsplan-Anteil zur sprachlichen Förderung in elementaren Bildungseinrichtungen Aktualisierte Version, Juni 2009](#)
- [Modul für das letzte Jahr in elementaren Bildungseinrichtungen](#)
- [Leitfaden für die häusliche Betreuung sowie die Betreuung durch Tageseltern](#)
- [Bildungspläne für Elementarpädagogische Einrichtungen in Österreich](#)
- [Empfehlungen der ExpertInnen-Gruppe vom 18.12.2009 zur PädagogInnen-Ausbildung Neu](#)

Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.

Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ←

ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG DES INFORMATIONSDIENSTES VOM 12.09.2010 13:15:03

MEINUNG

[Einladung zum Ans-Bein-Pinkeln - Die Bundesregierung macht den Landeshauptleuten das Blockieren leicht](#)

[Bildung: Österreichs Schulwesen ist im Würgegriff der Parteien](#)

[TOP-THEMA](#)

[Heinisch-Hosek: Kinder ab dem ersten Lebensjahr sollen Anspruch auf Kinderbetreuung haben - Ausbau der Kinderbetreuung von Bundesseite weiter mitfinanzieren!](#)

[ZUR DISKUSSION](#)

[Schule der Machtbesessenheit](#)

[AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG FÜR ELEMENTARPÄDAGOGINNEN AN DEN PÄDAGOGISCHEN HOCHSCHULEN UND UNIVERSITÄTEN](#)

[PH-Online](#)

[Karl-Franzens-Universität Graz, Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaft - Arbeitsbereich Elementarpädagogik \(Frühkindpädagogik\): Ringvorlesung Kinder und Kindheit, Sozialwissenschaftliche Perspektiven, Wöchentlicher Vorlesungstermin - Beginn 12.10.2010](#)

[Mädchen und Buben verstehen – elementarpädagogische Zugänge](#)

[Private und öffentliche Erziehung, Eine Neuvermessung angesichts der Expansion frühpädagogischer Bildungsangebote.](#)

[Abschied von der Normalfamilie: Familie als Plural.](#)

[Die Bedeutung soziokultureller Theorien in der Elementarpädagogik.](#)

[Geschlechterbewusste Pädagogik: Bildung und Erziehung in Vielfalt](#)

[Die Entwicklung frühkindlicher Kompetenzen in Kindergruppen.](#)

[Übergänge zwischen Familie und Bildungssystem im Lichte des Transitionsansatzes](#)

[Kinder brauchen Männer. Zur Rolle der Männer in der pädagogischen Arbeit mit Kindern](#)

[Wohlbefinden und soziale Lebenslagen. Aufwachsen von Kindern und](#)

[Professionalisierung weiterentwickeln heißt selbst professionell denken und handeln](#)

[Die Ausbildung von Pädagog/innen für das elementarpädagogische Feld – Blicke in die Historie und die aktuellen Diskurse in Österreich und Deutschland](#)

[Masterlehrgang Kinderrechte Uni Graz](#)

[Zielgruppe](#)

[Inhalte & Ziele](#)

[Pädagogische Hochschulen in Österreich \(Übersicht\)](#)

[Stiftung private pädagogische Hochschule Burgenland](#)

[Kindergarten- und Hortpädagogik](#)

[Private Pädagogische Hochschule der Diözese Linz](#)

[Kindergarten- und Hortpädagoginnen](#)

[→ Siehe auch: Die elementaren Fragen der Kinder](#)

[Pädagogische Hochschule Salzburg](#)

[Sprachförderung im Kindergarten](#)

[Pädagogische Hochschule Steiermark](#)

[Vorschulstufe – Grundstufe, Fort und Weiterbildung](#)

[Frühe Bildung](#)

[Frühe sprachliche Förderung](#)

[Lehrgang Begabungsförderung und Potenzialentwicklung](#)

[→ Siehe auch: Programm 2010/11 der ElternAkademie an der Pädagogischen Hochschule Steiermark](#)

[Kirchliche Pädagogische Hochschule Graz](#)

[KindergartenpädagogInnen und HorterzieherInnen](#)

[Pädagogische Hochschule Tirol](#)

[Elementar- und Primarpädagogik](#)

[Pädagogische Hochschule Wien](#)

[Kindergärtnerinnen und Kindergärtner](#)

[Kirchliche Pädagogische Hochschule Wien](#)

[Vorschulische Bildung](#)

[Kirchliche Pädagogische Hochschule Edith Stein](#)

[KindergartenpädagogInnen-Weiterbildung an den Hochschulstandorten:](#)

[AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG FÜR ELEMENTARPÄDAGOGINNEN \(OHNE PH'EN\)](#)

[Übersicht](#)

[Institut für Kindergarten- und Hortpädagogik IKH](#)

[Pädagogische Mitarbeiterinnen des IKH](#)

[Pädagogische Assistentin](#)

[Leiter des IKH](#)

[Fachbeirat des Instituts für Kindergarten- und Hortpädagogik](#)

[Kurse des Instituts für Kindergarten- und Hortpädagogik](#)

[Serviceleistungen des Instituts für Kindergarten- und Hortpädagogik](#)

[IKH Kontakt](#)

[BETRIEBSKINDERGARTEN](#)

[Betriebskindergarten der Siemens AG Österreich wurde offiziell eröffnet](#)

BILDUNGSANSTALTEN FÜR KINDERGARTENPÄDAGOGIK

[Übersicht BAKIP's](#)

[Übersicht Aus- & Fortbildung an BAKIP's](#)

[STELLUNGNAHME und ANMERKUNGEN zu den Empfehlungen der ExpertInnengruppe ‚LehrerInnenbildung NEU. Die Zukunft der pädagogischen Berufe‘ vom März 2010 von Mag. Johannes Hackl, BAKIP Maria Regina](#)

BILDUNG

[Bildung auf einen Blick 2010: OECD-Indikatoren - Zusammenfassung in Deutsch](#)

[Bildung auf einen Blick 2010: In die Zukunft investieren](#)

[Bildung: Investitionen und Erträge](#)

[Kapitel A: Bildungsergebnisse und Bildungserträge.](#)

[Kapitel B: Die in die Bildung investierten Finanz- und Humanressourcen.](#)

[Kapitel C: Bildungszugang, Bildungsbeteiligung und Bildungsverlauf.](#)

[Kapitel D: Das Lernumfeld und die Organisation der Schule.](#)

[Education at a Glance 2010 - OECD Indicators](#)

[Highlights from Education at a Glance 2010](#)

BILDUNGSPOLITIK

[Neue Schulden für die nächste Generation - Die OECD-Studie zeigt: Allein aus fiskalpolitischer Sicht wären Schulden für die Finanzierung der höheren Bildung gerechtfertigt](#)

["Die Bildungsrepublik Deutschland ist und bleibt ein armes Land" - Prof. Dr. Wassilios E. Fthenakis, Präsident des Didacta Verbandes, zum OECD-Bericht "Bildung auf einen Blick 2010":](#)

[OECD: Investitionen in höhere Bildung bringen dem Staat "erheblichen ...](#)

[Milliardengrab Bildung](#)

BILDUNGSPLAN

[Die elementaren Fragen der Kinder](#)

→ Siehe dazu: [Macht Religion Kinder kompetent? Einführung in den „Religiösen Bildungsplan“ für katholische Kindergärten.](#)

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

[Gesetze Bundesländer](#)

[Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote](#)

[Gemeindefinanzen: Kleine Gemeinden leiden besonders unter Ausgabenbelastung. Gemeindebund-Studie zeigt: Kleine Gemeinden wirtschaften höchst effizient.](#)

[Städtebund: Schluss mit Transferzahlungen und Doppelfinanzierungen. Erste Städte und Gemeinden rutschen noch heuer in rote Zahlen.](#)

[Mödlhammer: Gemeinden sind Garanten für Lebensqualität und Effizienz](#)

BURGENLAND

[Meldungen: keine](#)

KÄRNTEN

[Meldungen:](#)

[Land streicht Beihilfe für Kindergarten-Kosten](#)

[BZÖ-Petzner: FPK setzt sozialen Kahlschlag fort und schafft Gratis-Kindergartenjahr ab!](#)

NIEDERÖSTERREICH

[Meldungen: keine](#)

OBERÖSTERREICH

[Meldungen:](#)

[OÖ Familienkarte - Antrag bzw. Änderungsformular für die OÖ ...](#)

SALZBURG

[Meldungen: keine](#)

STEIERMARK

[Meldungen: keine](#)

TIROL

[Meldungen:](#)

→ Siehe auch: [Die elementaren Fragen der Kinder](#)

VORARLBERG

[Meldungen: keine](#)

WIEN

[Meldungen:](#)

[„Chancengerechtigkeit durch Bildung. Neue Konzepte und Ideen vom Kindergarten bis zur Universität“](#)

[Aktuelles Kinderprogramm im Wien Museum](#)

[Einladung zur DSCHUNGEL Lounge am Di. 28. Sep. 18:00](#)

ELEMENTARPÄDAGOGIK

[Förderungsmöglichkeiten](#)

[Lehrbuch Elementarpädagogik: Theorien, Methoden und Arbeitsfelder](#)

ELTERNBILDUNG

[Weiterbildung zur/m Eltern-TrainerIn](#)

[Seminare für Eltern](#)

[Programm 2010/11 der ElternAkademie an der Pädagogischen Hochschule Steiermark](#)

FAMILIENPOLITIK

[Familienhärteausgleich, Freifahrt/Fahrtenbeihilf, Kinderbetreuungsgeld, Schulbuchaktion](#)

FRÜHFÖRDERUNG, FRÜHPÄDAGOGIK, FRÜHKINDLICHE BILDUNG

[Mayer: "Brauchen die gemeinsame Schule, sonst ist keine Bildungsreform möglich" - Plädooyer für "Mut zu Bildungsreformen": Für neue Lehrerausbildung, neues Dienstrecht und Verwaltungsreform](#)

INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK

[Lebenshilfe: Was macht die Schule inklusiv?](#)

KINDERGARTEN

[Was kostet ein Kinderbetreuungsplatz in Österreich?](#)

KINDERRECHTE

➔ [Siehe auch: Masterlehrgang Kinderrechte Uni Graz](#)

MIGRATION, MIGRANTEN, INTEGRATION

[Franz Fischler: Integration basiert auf Kommunikation](#)

PÄDAGOGEN/INNEN

PARLAMENTSMELDUNGEN

[Der Familienausschuss hält Dienstag, den 14. September 2010, um 11 Uhr im Lokal VIII Sitzung.](#)

[Antrag der Abgeordneten Mag. Daniela Musiol, Kolleginnen und Kollegen betreffend Fortsetzung des Bundeszuschusses zum Ausbau der Kinderbetreuung \(1198/A\(E\)\)](#)

PLATTFORM EDUCARE

[Selbstverständnis](#)

[Forderungen](#)

[Mitglieder](#)

[Presse-Aussendungen](#)

NEUE MITGLIEDER DER PLATTFORM EDUCARE

[Mag.^a Patrice FUCHS](#)

SPRACHE, SPRACHENTWICKLUNG, SPRACHFÖRDERUNG

[Fachtagung "Sprachförderung im Elementarbereich" / Vorträge online](#)

[Vortrag von Frau Dr. Lütke-Entrup \(67 KB\)](#)

[Vortrag von Herrn Prof. Dr. Fthenakis \(6311 KB\) Zugleich haben Sie hier auch die Möglichkeit, den Diskussionsentwurf der](#)

[Handlungsempfehlung zur Sprachförderung im Elementarbereich](#)

[herunterzuladen \(243 KB\).](#)

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

[Lifelong Guidance Fachtagung „Career Management Skills in allen Lebensphasen“ am 27. und 28.09.2010 in Wolkersdorf bei Wien, sowie am 29. und 30.9.2010 in Igls](#)

[Von der Kindergartentante zum Bachelor of Education](#)

["Kindertagespflege - zwischen Anspruch und Wirklichkeit" am 10.11.2010 14:00 Uhr bis 12.11.2010 13:00 Uhr im Bildungszentrum Erkner bei Berlin](#)

IMPRESSUM UND HINWEISE

-

MEINUNG

Einladung zum Ans-Bein-Pinkeln - Die Bundesregierung macht den Landeshauptleuten das Blockieren leicht

Claudia Schmied kann sich bei der Opposition bedanken. BZÖ und Grüne waren die Einzigen, die mit angemessener Schärfe reagierten, nachdem Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll die Bildungsministerin als „herziges“ Trutscherl, das schleunigst abgelöst gehöre, heruntergemacht hatte. SPÖ-Kanzler Werner Faymann hingegen schwang sich erst auf Nachfrage im ORF-Sommergespräch zu einer lauwarmen Verteidigung auf, ÖVP-Chef Josef Pröll schwieg. Warum denn auch Stellung beziehen? Pröll senior demontiert ja bloß ein Regierungsmitglied, das für ein so nebensächliches Anliegen wie die Schulreform kämpft.

Landeshauptlinge genießen hierzulande ein Freispiel, da können sie Ministern noch so viel ans Bein pinkeln. Kaum muckt einer der neun Mächtigen auf, setzen die roten und schwarzen Verbalreformer zum Rückzieher an - sei es beim Abbau überzähliger Spitalsbetten, der fairen Verteilung von Asylwerbern oder eben beim Streit um die Kompetenzen an den Schulen. Nicht einmal die von Schmied geforderte Kontrolle der Landeslehrer traute sich die Regierung durchzukämpfen. Und so müssen die Länder eben doch nicht Rechenschaft ablegen, wofür sie das vom Bund überwiesene Geld tatsächlich ausgeben - da könnte ja auch jeder kommen.

Punkto Reformresistenz gibt es zwischen Eisenstadt und Bregenz gewiss Schattierungen, doch ein Hang zur Blockade überregionaler Anliegen aus lokalem Opportunismus heraus ist allen Landeschefs gemein. Nicht etwa deshalb, weil die Prölls, Niessls und Dörfles mit einem Hinterwäldler-Gen zur Welt kommen würden - sondern weil die politischen Verhältnisse sie regelrecht dazu einladen.

Wer soll auch nach Veränderungen rufen? Der Chefposten in einer Landesregierung ist so ziemlich der verlockendste Job, den die Republik zu bieten hat. Von domestizierten Regionalmedien hofiert, geben die Landesfürsten Geld aus, das sie dem Volk nicht selbst abknöpfen müssen - die unangenehme Aufgabe des Steuereintreibens übernimmt der Bund, der sich von Lokalgrößen hinterher für seine „Grausamkeiten“ prügeln lassen darf. Geschenkeverteilen fällt in dieser Konstellation leicht, vor allem wenn es um die Stärkung der eigenen Machtbasis geht; die Auswüchse reichen bis zu als Sozialpolitik getarntem Stimmenkauf wie in Haiders Kärnten. Gerne werden auch die jeweiligen Apparate verhätschelt, Postenbesetzungen bedeuten Einfluss. Nicht zuletzt deshalb klammern sich die Länder an die Zuständigkeit für die Lehrer, selbst wenn das resultierende Verwaltungschaos sinnvolle Planung an den Schulen vereitelt.

Sich allein auf die historisch gewachsene Kompetenzverteilung auszureden, die ohne Einlenken der Länder auf ewig in Stein gemeißelt sei, ist zu billig. Auch im aktuellen Gefüge könnte die Bundesregierung Druck ausüben, indem sie am Geldhahn dreht. Beim letzten Finanzausgleich spielte sich freilich das Gegenteil ab: Seither können die Länder die überwiesenen Mittel noch freimütiger ohne lästige Zweckbindung ausgeben.

Die Angst der Regierung vor einer Machtprobe ist historisch begründet. Abgehalfterte Obmänner pflastern den Weg schwarzer Landesrebellent, und auch in der SPÖ scheut Bundeskanzler Faymann nach dem Sturz seines Vorgängers Alfred Gusenbauer umso mehr die Konfrontation. Der Preis für die Appeasementpolitik ist die schleichende Lähmung des Landes. (Gerald John, DER STANDARD)

<http://derstandard.at/1282979033944/Gerald-John-Einladung-zum-Ans-Bein-Pinkeln>

Bildung: Österreichs Schulwesen ist im Würgegriff der Parteien

Im Streit um die Kompetenzen für die Lehrer geht es den Landeshauptleuten vor allem um eines: den Ausbau der Parteibuchwirtschaft.

Von [Martina Lettner](#)

Es gibt zwei Arten von Gesetzen: die geschriebenen und solche, die gelten, ohne dass ihre Existenz jemals schwarz auf weiß festgehalten worden wäre. Eines davon ist das so genannte „Karawankengesetz“. Einsatzort: Kärnten. Bestimmung: Postenschacher. Jüngster Anwendungsversuch: am Centrum Humanberuflicher Schulen, kurz CHS, in Villach. An dem renommierten Bundesschulzentrum steht seit Monaten der Direktorsessel leer, der, wenn niemand aufbegehrt hätte, schon längst von einem FPK-nahen Lehrer gewärmt würde.

Der Kärntner Landesschulrat hatte bereits im Frühjahr seinen Wunschnachfolger für die vakante Schulleitung auserkoren: Bernhard Gassler, Lehrer aus dem Landwirtschaftsbereich und enger Freund von Uwe Scheuch, seinerseits blauer Schulreferent und Vizelandeshauptmann. Die interimistische Leiterin des Villacher Schulzentrums reihte der Landesschulrat bloß an zweite Stelle – sie sollte nicht zum Zug kommen.

Das ging den Elternvertretern zu weit: Direktorenbestellungen nach Parteibuchfarbe seien zwar üblich, normalerweise habe der künftige Schulleiter aber zumindest fachliche Kompetenz. Gasslers Primärqualifikation bestehe hingegen lediglich aus seinem Naheverhältnis zu Scheuch.

Die Elternvertreter protestierten im Fall der CHS Villach so heftig, dass Landespolitiker von SPÖ und BZÖ in ungewohnter Eintracht an Bildungsministerin Claudia Schmied appellierten, den Vorschlag des Landesschulrats noch einmal zu prüfen. Stefan Petzner sprach extra im Ministerium am Minoritenplatz vor, um Stimmung gegen den ehemaligen Parteifreund als Direktor zu machen.

Schmied, als Unterrichtsministerin für die Bundesschulen zuständig, versprach, die Bestellung eingehend zu prüfen. Geht es nach den Plänen der meisten Landeshauptleute, soll ihr das bald nicht mehr möglich sein. Seit Wochen findet ein Tauziehen um die derzeit zwischen Bund und Ländern aufgesplitterten Kompetenzen für Lehrer und Direktoren statt: Schmied will sämtliche Befugnisse beim Bund vereinigen. Die Länder beanspruchen die Kompetenzen jedoch für sich. Kein Wunder: In kaum einem anderen Bereich agieren die Landesfürsten noch derart omnipotent wie im Schulwesen. „Ihnen geht es um Einfluss, Geld und Posten“, meint der ehemalige steirische Landesschulratspräsident und Bildungsexperte Bernd Schilcher. Präziser: um Personalhoheit über alle 120.000 heimischen Pädagogen, um prestigeträchtige Bestellungen von Direktoren und Inspektoren und um Geld in Milliardenhöhe.

In Kärnten demonstrierte der verstorbene Landeshauptmann Jörg Haider jahrelang, wie Schulpolitik zur Chefsache zu machen ist. Durchaus mit Liebe zum Detail: Ging es um Direktorenbesetzungen, studierte er jeden Akt persönlich. Er schickte Schulinspektoren los, die examinieren sollten, ob die Lehrer einen Haider-Brief an die Eltern auch ja ausgeteilt hatten. Direktoren von Schulen, in denen das Schreiben in Altpapiertonnen darbt, wurden peinlich verhört, einige Lehrer vor die Disziplinarkommission zitiert. Unter Haiders Ägide war auch das Kärntner „Objektivierungsverfahren“ für Direktorenbestellungen entstanden, das jüngst FPK-Funktionär Gassler zum Bestqualifizierten für die Schulleitung in Villach kürte.

Maßgeschneidert. In Tirol wird für jede Direktorsbesetzung ein eigenes Anforderungsprofil erarbeitet – oft maßgeschneidert für zu versorgende Parteifreunde, monieren die Grünen. Und: Trotz des formal objektiven Auswahlverfahrens werden auch in Wien zumeist die gerade opportunen Parteifreunde Direktor. Im Fall der vier Höheren Technischen Lehranstalten heißt dies für die Bundeshauptstadt: drei für die SPÖ, eine für die ÖVP.

Der niederösterreichische Landesschulrat lädt alle potenziellen Direktoren zu einem Anhörungsgespräch vor einer eigens eingerichteten Personalkommission, ein externes Personalberatungsbüro verfasst darüber einen Bericht, die Schulpartner können ihre Meinung zu den Kandidaten einbringen. Freilich: Das parteipolitisch besetzte Kollegium des Landesschulrats darf völlig unabhängig davon seine Wunschkandidaten wählen.

Dutzende Insider klagen, in keinem anderen Bereich würde so brutal für Parteifreunde interveniert wie bei den Direktorenbestellungen. In Salzburg bestimmt ein dubioser Kriterienkatalog sogar über die Karriere einfacher Lehrer: Auf dessen Basis wird entschieden, welcher Pädagoge an welcher Schule unterrichten darf. Neben fachlicher Kompetenz und Ausbildung spielen dabei auch soziale Kriterien wie Familienstand eine Rolle: Ehe und Kind erleichtern also den Einstieg. Früher soll sogar die Mitgliedschaft bei der katholischen Kirche eine Vorreihung auf der Warteliste gebracht haben, unehelicher Nachwuchs hingegen Minuspunkte. So etwas wäre heute freilich undenkbar, betont der Landesschulrat.

Das Schulwesen in Österreich ist zweigeteilt: Der Bund macht die Gesetze, zahlt die Gehälter und ist für die Bundesschulen und ihre 44.000 Pädagogen zuständig. Die Länder herrschen über die Pflichtschulen und deren 77.000 Lehrer. Sie verfügen dafür über Schulabteilungen in den Ämtern der Landesregierungen und Schulreferenten auf Bezirksebene. Die oberste Aufsichtsbehörde für Bundeslehrer ist das Unterrichtsministerium. Darunter sind die Landes- und Bezirksschulräte angesiedelt, deren Inspektoren die pädagogische Schulaufsicht übernehmen. Präsident des Landesschulrats, der formal also zum Bund gehört, ist – Irrwitz der Schulverwaltung – der Landeshauptmann. Er betraut gewöhnlich einen Parteifreund mit der Amtsführung.

Noch interessanter wird es bei den Kollegien der dem Bund unterstellten Räte: Sie bestimmen, wer als Direktor für alle 5800 Bundes- und Landesschulen infrage kommt. Seit fast 50 Jahren sind die Kollegien streng nach dem Proporzsystem besetzt – wer im Landtag die Macht hat, hat auch in diesen Gremien das Sagen. Seither sei „Parteibuchwirtschaft quasi Gesetz“, resümiert der ehemalige ÖVP-Politiker Bernd Schilcher.

Mittlerweile basiert die Direktorenwahl auf dem so genannten Objektivierungsverfahren, das zwar in jedem Bundesland anders ausgestaltet ist, meist aber dieselbe Stoßrichtung hat, kritisiert der grüne Bildungssprecher Harald Walser: Über Wohl und Wehe der einzelnen Bewerber entscheidet letztendlich das parteipolitisch besetzte Kollegium des Landesschulrats. Doch nur bei den Bundesschulen kann

Unterrichtministerin Schmied – wie in Villach geschehen – eingreifen. Unter ihrer Vorgängerin Elisabeth Gehrler sei das nie geschehen, merkte kürzlich ein leicht enervierter Landesschulratspräsident an.

Die Ergebnisse des Direktor-Auswahlverfahrens stünden in den Ländern oft schon vor dem eigentlichen Verfahren fest, kritisiert Rudolf Altersberger, SPÖ-naher Vizepräsident des sonst freiheitlich dominierten Landesschulrats in Klagenfurt: „Das ist aber kein Kärntner Phänomen, das betrifft alle Länder.“ Möglicherweise erwünschter Nebeneffekt: In der Steiermark etwa meldete sich im vergangenen Jahr bei zwei von drei Schulleiterausreibungen jeweils nur ein einziger Kandidat. Der steirische Landesschulratspräsident Wolfgang Erlitz kann sich durchaus vorstellen, „dass sich manche nicht bewerben, weil sie denken, die Stelle werde ohnehin politisch besetzt“.

Früher wurde in einigen Bundesländern dem amtsführenden Landesschulratspräsidenten als Antrittsgeschenk eine Liste mit sämtlichen Schulen überreicht. Darauf war praktischerweise gleich vermerkt, welche Bildungseinrichtung welcher Partei zuzuordnen sei. Nur wer das richtige Parteibuch hatte, kam als Direktor für bestimmte Schulen infrage. Zum Teil sei das „leider bis heute so“, heißt es aus dem Unterrichtsministerium.

Freunderlwirtschaft. Bei den Personalvertretungswahlen im Vorjahr erhielt die ÖVP-Gewerkschaft FCG in allen Lehrersparten die absolute Mehrheit, bei den Landwirtschaftspädagogen gar 100 Prozent der Stimmen.

Doch die Freunderlwirtschaft beginne oft schon vor dem Parteibuch: „Wer während des Studiums als Querulant aufgefallen ist, beginnt in Vorarlberg seine Pädagogenkariere im hinteren Montafon“, sagt Grün-Politiker Walser, einst selbst AHS-Direktor im Ländle. Es würden vor allem angepasste Erzieher gesucht, meint auch der Salzburger Gewerkschafter Wolfgang Haag: „Dass dieser Typ Lehrer wirklich das beste Vorbild für die Jugend ist, bezweifle ich allerdings.“

Sobald es ein Junglehrer an eine Schule geschafft hat, „stehen der rote und der schwarze Personalvertreter vor ihm, bevor er sein Zeug ausgeräumt hat“, ätzte vergangene Woche der ehemalige ÖVP-Politiker und Bildungsexperte Andreas Salcher im profil-Interview (Ausgabe 36/10). „In keinem anderen demokratischen Land ist das Schulsystem so im Würgegriff der Parteien wie in Österreich.“

Aus diesem wollte Bildungsministerium Schmied die Schulen nun lösen: „Wir müssen die Parteipolitik im Bildungsbereich dringend zurückfahren.“ Mit entsprechenden Vorschlägen blitzte die Ministerin bisher jedoch ab: Alle Lehrer zum Bund? Mitnichten. Mehr Kontrolle über die Kosten und Arbeit der Pflichtschullehrer, die zwar zu den Ländern gehören, deren Gehälter – immerhin 3,4 Milliarden Euro pro Jahr – aber der Bund zahlen muss? Finanzminister Pröll unterschrieb die seit 2007 gemeinsam erarbeitete Forderung nicht. So bleibt Schmied nur Zweckoptimismus: „Aufgeschoben ist nicht aufgehoben.“

In der ÖVP dürften Schmieds Reformideen jedoch bald in den Schubladen landen. Finanzminister Josef Pröll meinte lapidar, Schmieds Vorschläge seien „angesichts der Realverfassung utopisch“, sein Onkel, Niederösterreichs Landeshauptmann, nannte sie „herzig“. Er legte der Ministerin kürzlich medial den Rücktritt nahe.

Auch von ihrem Parteichef erhielt Schmied in letzter Zeit wenig Rückendeckung. In einem Zeitungsinterview meinte Kanzler Werner Faymann aber jüngst: „Manches Mal muss man auf den Tisch hauen und sagen: ‚Dirigiert wird von mir!‘“ Ja, das wäre manchmal gut.

<http://www.profil.at/articles/1036/560/277364/bildung-oesterreichs-schul-wesen-wuergegriff-parteien>

TOP-THEMA

Heinisch-Hosek: Kinder ab dem ersten Lebensjahr sollen Anspruch auf Kinderbetreuung haben - Ausbau der Kinderbetreuung von Bundesseite weiter mitfinanzieren!

Wien (OTS) - Anlässlich des bevorstehenden "Welttag des Kindes" am kommenden Sonntag sagte Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, dass es im 21. Jahrhundert notwendig sei, daran zu arbeiten, dass jedes Kind ab dem ersten Lebensjahr Anspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz habe.

Dieses Ziel werde sie mit aller Vehemenz verfolgen. Dafür sei es aber notwendig, dass die Betreuungsplätze vor allem für die Kleinsten weiter ausgebaut werden, auch in Zeiten, in denen das Budget konsolidiert werden müsse. "Derzeit können wir nur jedem sechsten Kind unter drei Jahren einen Platz anbieten", so Heinisch-Hosek. Mit Unterstützung der Sozialpartner und aller Bundesländer werde sie sich bei den bevorstehenden Budgetverhandlungen dafür einsetzen, dass auch

in den kommenden Jahren der Ausbau der Kinderbetreuung von Bundesseite mitfinanziert werde.

"17.000 neue Plätze und 6.000 neue Jobs sind in der Kinderbetreuung in den vergangenen zwei Jahren entstanden. Diese Bilanz kann sich sehen lassen und ist für die Kinder und deren Eltern sehr erfreulich", freut sich die Frauenministerin. Nun gehe es in erster Linie darum, Finanzminister Josef Pröll von der wirtschaftlichen Notwendigkeit zu überzeugen, auch im Jahr 2011 Geld für den Ausbau in die Hand zu nehmen.

"Das Geld für Kinderbetreuung ist bestens investiert. Es ist gut für die Kinder, es hilft den Eltern, Beruf und Familie gut vereinbaren zu können und es ist wirtschaftlich eine sinnvolle Investition, denn jeder Euro kommt doppelt zurück. Und in kaum einem anderen Bereich entstehen so viele neue Jobs", sagte Heinisch-Hosek. Gleichzeitig wolle sie dafür sorgen, dass jedes Kind - egal ob es am Bodensee oder am Neusiedler See aufwächst - die gleichen Bedingungen in der Kinderbetreuung vorfinde. "Wien ist bei der Kinderbetreuung ein großes Vorbild - wenige Schließtage, lange Öffnungszeiten, kleine Gruppen etc. Da können sich alle was abschauen", sagte Heinisch-Hosek, die abschließend betonte, dass mit den Bundesländern über Mindeststandards in der Kinderbetreuung zu verhandeln sei.

Rückfragehinweis:

Pressesprecherin der Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek
Mag. Dagmar Strobel
Tel.: (01) 531 15 - 2149
<mailto:dagmar.strobel@bka.gv.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/56/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

ZUR DISKUSSION

Schule der Machtbesessenheit

Von Josef Urschitz (Die Presse)

Die überfällige (und von Experten in den Grundzügen längst ausgearbeitete) gesamtstaatliche Verwaltungsreform, die dem notleidenden Budget insgesamt einige Milliarden Euro bringen könnte, kommt definitiv nicht.

Wer die Schulreformdiskussion der vergangenen Tage mitverfolgt hat, dem ist ein Stück österreichischer Realverfassung ins Haus geliefert worden: Es geht nicht um effiziente Strukturen oder gar um pädagogische Inhalte, es geht um Machtspiele zwischen Bund und Ländern, um üppige Biotopie zur Versorgung von Parteigünstlingen, um pfauenhafte Selbstdarstellung von Landeshauptlingen.

Wer sich das angesehen hat, weiß jetzt: Die überfällige (und von Experten in den Grundzügen längst ausgearbeitete) gesamtstaatliche Verwaltungsreform, die dem notleidenden Budget insgesamt einige Milliarden Euro bringen könnte, kommt definitiv nicht. Jedenfalls nicht, so lange die Geldverbrennungsmaschinen namens Bundesländer machttechnisch nicht auf ein vernünftiges Maß zurückgestutzt sind.

Nach dieser Einleitung sehen Sie sich jetzt bitte die Grafik an. Das ist nicht, wie Sie vielleicht glauben, ein Exponat aus einem Wettbewerb in therapeutischem Malen aus der früheren „Landesnervenheilanstalt“ Gugging, sondern eine (stark vereinfachte!!) Darstellung der Kompetenzflüsse im Schulbereich.

Alles klar? Wissen Sie jetzt, wieso die OECD Österreich gerade erst vorgestern wieder attestiert hat, eines der teuersten Schulsysteme dieses Globus zu haben, das aber nur sehr mittelpträgliche Ergebnisse liefert? Jedes Unternehmen, das so organisiert wäre, fände sich jedenfalls binnen Jahresfrist vor dem strengen Konkursrichter wieder.

Natürlich ist das alles nichts Neues. Schon im Vorjahr haben Wifo, IHS und Rechnungshof die Defizite in der Schulverwaltung aufgezeigt und Lösungsvorschläge vorgelegt. Die Kernaussagen: Die Schulverwaltung aus

dem Jahr 1962 sei „nicht mehr zeitgemäß“, den hohen Ausgaben stünden „durchschnittliche Erfolge“ gegenüber, die Kompetenzverteilung sei zu komplex und es gebe „fehlende Übereinstimmung von Ausgaben-, Aufgaben- und Finanzierungsverantwortlichkeit“. Im Klartext: Wenn der Bund zahlt und die Länder ausgeben, dann wird das nichts. Außerdem gebe es Doppelgleisigkeiten in der Verwaltung und fehlende Autonomie der Schulen selbst.

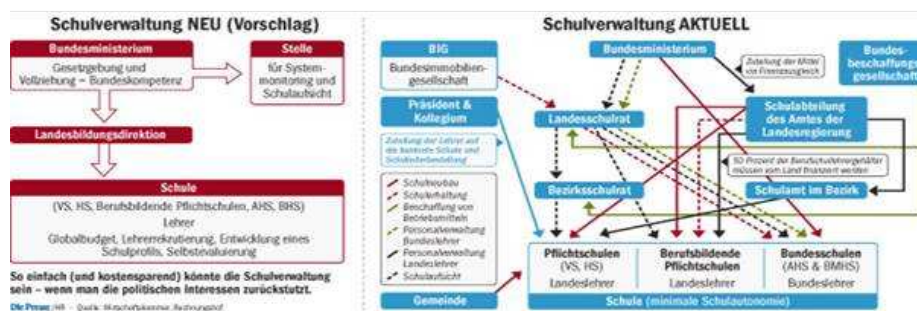
Daraus wurde ein dreistufiges Reformmodell abgeleitet, das in obiger Grafik links dargestellt ist: Klar gegliedert, klar umrissene Verantwortlichkeiten, klar definierte Qualitätssicherung und Qualitätskontrolle durch übergeordnetes Monitoring. Die Schulen selbst würden in diesem Modell mit Globalbudgets ausgestattet, Budgetverantwortung würden die Direktoren übernehmen. Ihnen würde auch Personalhoheit übertragen, womit sie echte, wirtschaftlich und pädagogisch ergebnisverantwortliche Schulmanager wären. Und nicht, wie jetzt, bloße Administratoren am Gängelband von parteipolitisch ausgewählten Schulinspektoren und Personalvertretern.

Das Modell würde laut Rechnungshof eine Milliarde Euro (von rund neun, die der Bund für die Schulen ausgibt) einsparen. Nur durch Effizienzsteigerungen, ohne dass beispielsweise die Zahl der Lehrer verringert würde. Diese Milliarde könnte man – bei Bildung soll man ja nicht sparen – etwa für die bessere Ausstattung der Schulen, für Fortbildung, für die Hebung der pädagogischen Qualität ausgeben.

Das klingt bestechend. Hat aber so gut wie keine Chance auf Verwirklichung. Denn das Modell geht davon aus, dass die Schulkompetenzen komplett beim Bund konzentriert werden, dass die Länderorganisationen (zweite Stufe im Modell) möglichst als weisungsfreie Bundesbehörde organisiert werden und dass der personelle „Durchgriff“ parteipolitisch besetzter „Räte“ und „Inspektorate“ auf die Schulen selbst vorbei wäre. Also das exakte Gegenteil der Vorstellungen der Landeshauptleute.

Mit anderen Worten: Parteien und Bundesländer würden den „Grip“ auf das total durchpolitisierte Schulwesen verlieren. Und der Abbau von Mehrgleisigkeiten würde eine Reihe von Verwaltungsjobs (etwa in den Landesschulräten) kosten. Deren Fehlen würde niemandem auffallen – außer den Parteisekretariaten. Das ist leider der springende Punkt.

Der Riss ist freilich kein ideologischer: Das von den schwarzen und roten Bundesländern massiv bekämpfte Rechnungshof-Modell wird intensiv von der Wirtschaftskammer und dem Managementclub (einer Vorfeldorganisation des ÖVP-Wirtschaftsbundes) gepusht. Es geht also nicht um Rot gegen Schwarz, sondern um Vernunft gegen Länder-Macht. Wie das in Österreich auszugehen pflegt, kann man sich leider unschwer vorstellen.



josef.urschitz@diepresse.com - <http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/diebilanz/593195/index.do>

AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG FÜR ELEMENTARPÄDAGOGINNEN AN DEN PÄDAGOGISCHEN HOCHSCHULEN UND UNIVERSITÄTEN

PH-Online

Karl-Franzens-Universität Graz, Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaft - Arbeitsbereich Elementarpädagogik (Frühkindpädagogik): Ringvorlesung Kinder und Kindheit. Sozialwissenschaftliche Perspektiven. Wöchentlicher Vorlesungstermin - Beginn 12.10.2010

12.10.2010

Mädchen und Buben verstehen – elementarpädagogische Zugänge

Prof. Dr. Cornelia Wustmann (Karl-Franzens-Universität Graz)

19.10.2010

Private und öffentliche Erziehung. Eine Neuvermessung angesichts der Expansion frühpädagogischer Bildungsangebote.

Prof. Dr. Hans Gängler (Technische Universität Dresden)

09.11.2010

Abschied von der Normalfamilie: Familie als Plural.

Prof. Dr. Karl Lenz (Technische Universität Dresden)

16.11.2010

Die Bedeutung soziokultureller Theorien in der Elementarpädagogik.

Von Vygotsky bis zur dialogisch-entwickelnden Interaktion. Prof. Dr. Anke König (Universität Vechta)

23.11.2010

Geschlechterbewusste Pädagogik: Bildung und Erziehung in Vielfalt

Prof. Dr. Petra Focks (Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin)

30. 11.2010

Die Entwicklung frühkindlicher Kompetenzen in Kindergruppen.

Prof. Dr. Holger Brandes (Evangelische Hochschule für Soziale Arbeit Dresden)

07.12.2010

Übergänge zwischen Familie und Bildungssystem im Lichte des Transitionsansatzes

Dipl.-Psych. Wilfried Griebel (Staatsinstitut für Frühpädagogik München)

14.12.2010

Kinder brauchen Männer. Zur Rolle der Männer in der pädagogischen Arbeit mit Kindern

Ao. Univ.-Prof. Dr. Josef Christian Aigner (Universität Innsbruck)

11.01.2011

Wohlbefinden und soziale Lebenslagen. Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen

Prof. Dr. Sabine Andresen (Universität Bielefeld)

18.01.2011

Professionalisierung weiterentwickeln heißt selbst professionell denken und handeln

Prof. Dr. Maria Eleonora Karsten (Leuphana Universität Lüneburg)

25.01.2011

Die Ausbildung von Pädagog/innen für das elementarpädagogische Feld – Blicke in die Historie und die aktuellen Diskurse in Österreich und Deutschland

Mag. Dr. Heidemarie Lex-Nalis (Wien), Prof. Dr. Cornelia Wustmann (Karl-Franzens-Universität Graz)

12. 10. 2010 bis 25, 91, 2911 jeweils Dienstags, 18:00 – 19:30. Universitätszentrum Wall, Merangasse 70 EG, 8010 Graz, Mehrzweckraum (MR 33.0.010)

→ www.uni-graz.at/ringvorlesung_ankuendigung.pdf

Arbeitsbereichsleiterin [Univ. Prof. Dr. Cornelia Wustmann](#)

Strassoldogasse 10/I OG

8010 Graz

22.11.2010

Tel.: ++43 (0)316 380-8037

Sekretariat: heidrun.koeppel@uni-graz.at

Web: <http://www.uni-graz.at/paedwww>

Masterlehrgang Kinderrechte Uni Graz

24 Monate, 7 Module, berufsbegleitend, e-learning, Master of Arts, M.A.

345 Kontaktstunden Präsenzzeit an der UNI, 800 Stunden online, bewertet mit insgesamt 120 ECTS-Anrechnungspunkten

Da das Alter von „Kindern“ in der UN-Kinderrechtskonvention mit 0–18 Jahren definiert wird, umschließt das „Handlungsfeld Kinderrechte“ auch alle Rechte von jungen Menschen von 14–18 Jahren, die in Österreich als Jugendliche definiert sind. Der Universitätslehrgang Kinderrechte gibt den TeilnehmerInnen ein wissensbasiertes Instrumentarium in die Hand und stellt den AbsolventInnen, die sich mit der Umsetzung der Kinderrechte beschäftigen eine professionelle Ausbildung zur Verfügung, die relevante Rechtsmaterie und die dazugehörige praktische Umsetzung mit sozialwissenschaftlichen, pädagogischen, psychologischen und kommunikativen Methoden zu verschmelzen und befähigt sie interdisziplinäre systemisch-komplexe Lösungen der Umsetzung von Kinderrechten wissenschaftlich und praktisch anzuwenden.

Zielgruppe

AbsolventInnen eines rechtswissenschaftlichen, humanwissenschaftlichen, psychologischen, soziologischen, wirtschafts-, systemwissenschaftlichen oder medizinischen Studiums aus dem In- und Ausland, die sich für ihre beruflichen Chancen eine zusätzliche Qualifikation bzw. Spezialisierung aneignen möchten. Alle interessierten AbsolventInnen der Sozialakademien, der Fachhochschulen mit humanwissenschaftlichem Kontext und AbsolventInnen des Studiums der Architektur bzw. der Stadt- und Raumplanung etc.

Inhalte & Ziele

Inhaltlich geht es um das Erlernen komplexer Kompetenzen im Kontext der Umsetzung der Kinderrechte auf politischer Ebene, in gesetzgebenden Körperschaften, Behörden, Institutionen, Bildungseinrichtungen und um mediale Präsenz bei Bildung der öffentlichen Meinung und die damit verbundenen rechtlichen Verpflichtungen, die der Staat Österreich, aber auch die anderen Staaten mit der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention eingegangen sind. Ergänzend dazu sind die Kinderrechte der Europäischen Union und des Europarates mit allen Relevanzen für die österreichische Rechtslage und alle damit in Österreich korrespondierenden Rechtsfelder Thema des Universitätslehrganges. Das Ziel des Universitätslehrganges Kinderrechte ist es, interdisziplinäre Kompetenzen und Qualifikationen zu erwerben, die im komplexen Feld der Umsetzung von Kinderrechten erforderlich und notwendig sind.

- **Modul A:** Der ULG als Lernende Organisation
- **Modul B:** Rechtsgrundlagen und rechtliche Handlungsfelder für Kinderrechte
- **Modul C:** Pädagogisch-psychologische Praxis und Methoden der Umsetzung für Kinderrechte
- **Modul D:** Kommunikation und Kinderrechte
- **Modul E:** Gesellschaftspolitisches Lobbying und kreative Handlungskompetenz für Kinderrechte
- **Modul F:** Individuelle Projektarbeit Kinderrechte, Anwendung und Vertiefung
- **Modul G:** Masterarbeit und Masterprüfung

[zum Curriculum](#)

Der Masterlehrgang Kinderrechte

beginnt im Oktober 2010

kostet 8800 €(kann auch monatlich gezahlt werden)

dauert 2 Jahre /4 Semester

ist berufsbegleitend (nur Blockveranstaltungen Freitag ab 14h, Samstag ganztägig)

und schließt mit einem Master of Arts MA ab.

Wissenschaftliche Leitung

O.Univ.-Prof. Mag. Dr. Wolfgang Benedek

Tel: + 43 (0)316/380 3411

Pädagogische Leitung und Koordination

Gerhard H. J. Fruhmann, MA

Tel: + 43 (0)664/35 75 800

E-Mail: fruhmann1@gmail.com



<http://www.uniforlife.at/index.php?lang=de&page=content/mlehr-kinderrechte-de.html>

Pädagogische Hochschulen in Österreich (Übersicht)

<p>ÜBERSICHT</p> <p>Zur Inskription an allen PHen</p>	Burgenland		
	Kärnten		
	Niederösterreich	Pädagogische Hochschule Niederösterreich	
		Kirchliche Pädagogische Hochschule Wien - Campus Krems-Mitterau	
	Oberösterreich	Pädagogische Hochschule Oberösterreich	
		Private Pädagogische Hochschule der Diözese Linz	
	Salzburg	Pädagogische Hochschule Salzburg	
		Kirchliche Pädagogische Hochschule Edith Stein Salzburg	
	Steiermark	Pädagogische Hochschule Steiermark	
		Kirchliche Pädagogische Hochschule Graz	
	Tirol	Pädagogische Hochschule Tirol	
		Kirchliche Pädagogische Hochschule Edith Stein Tirol	
	Vorarlberg	Pädagogische Hochschule Vorarlberg	
		Kirchliche Pädagogische Hochschule Edith Stein Vorarlberg	
	Wien	Pädagogische Hochschule Wien	
		Kirchliche Pädagogische Hochschule Wien	

Stiftung private pädagogische Hochschule Burgenland

Homepage: <http://www.ph-burgenland.at/>

Kindergarten- und Hortpädagogik

http://www.ph-burgenland.at/Kindergartenpaedagog_innen.479.0.html

Die Anmeldung zu Fortbildungsveranstaltungen erfolgt über PH-Online (<https://www.ph-online.ac.at/ph-bgld/webnav.ini>)

Private Pädagogische Hochschule der Diözese Linz

Homepage: <http://www.phdl.at/>

Kindergarten- und Hortpädagoginnen

Ein Schwerpunkt sind heuer gemeinsame Fortbildungen für Kindergarten-, Hort- und VolksschulpädagogInnen. Die positive Zusammenarbeit von KindergartenpädagogInnen und VolksschullehrerInnen für einen gelungenen Übergang, aber auch die Zusammenarbeit zwischen Schule und Hort, sind für die weitere Bildungsbiographie der Kinder von großem Wert.

Unser Seminarangebot soll die gegenseitige Information, Kommunikation und Partizipation stärken. Im Bildungsbereich „Transitionen“ werden zu jedem angebotenen Thema eine Kindergartenpädagogin und eine Pädagogin aus dem Volksschulbereich die Nahtstelle in den Blick nehmen und die jeweiligen Schwerpunkte einbringen.

Auch in unserem bewährten religionspädagogischen Angebot wartet wieder eine Reihe aktueller interessanter

Themen auf Sie. Für katholische Kindergärten wurde parallel zum neuen BildungsRahmenPlan ein Religiöser Bildungsplan entwickelt – beachten Sie dazu das Seminar K023! Die Katholisch-Theologische Privatuniversität Linz stellt heuer ihren „Dies academicus“ unter das Thema „Kindertheologie“. Alle Kindergarten- und HortpädagogInnen sind herzlich dazu eingeladen (A022).

→ http://www.phdl.at/fileadmin/_fileMounts/Fortbildung/2010_11/KIGA_2010_web.pdf

→ Siehe auch: [Die elementaren Fragen der Kinder](#)

Pädagogische Hochschule Salzburg

Homepage: <http://www.phsalzburg.at/>

Sprachförderung im Kindergarten

→ <http://www.phsalzburg.at/downloads/fsflehrgangskurzbeschreibung.20092010..doc>

Pädagogische Hochschule Steiermark

Homepage: <http://www.phst.at/>

Vorschulstufe – Grundstufe. Fort und Weiterbildung

Frühe Bildung

→

http://www.i3.phst.at/fileadmin/i3/fort_weiterbildung/Veranstaltungsprogramm_2010_11_i3_05072010.pdf

Frühe sprachliche Förderung

Lehrgang Begabungsförderung und Potenzialentwicklung

→ http://www.i3.phst.at/fileadmin/i3/fort_weiterbildung/lehrgaenge/20100609lehrgangsfolder2010web.pdf

→ Siehe auch: [Programm 2010/11 der ElternAkademie an der Pädagogischen Hochschule Steiermark](#)

Kirchliche Pädagogische Hochschule Graz

Homepage: www.kphgraz.at

KindergartenpädagogInnen und HorterzieherInnen

Unser Fortbildungsangebot dient der Professionalisierung von Pädagoginnen und Pädagogen in verschiedenen pädagogischen Handlungsfeldern. Dazu entwickeln wir bedarfsorientierte Angebote auf zentraler, regionaler und lokaler Ebene. Nach Möglichkeit wird Fortbildung mit berufsfeldbezogener Forschung verknüpft.

Die Angebote orientieren sich am konkreten Bedarf und beziehen sich insbesondere auf

- Förderung der personalen und erzieherischen Kompetenz
- Förderung der fachlichen Kompetenz
- Unterstützung und Impulse in der Entwicklung von Unterricht, Erziehung und Bildung
- Förderung der Führungskompetenz
- Begleitung und Unterstützung in der Entwicklung der Organisation

→ Veranstaltungen Kindergartenpädagogik: [Download](#) 0,9 MB

→ Wir weisen sie besonders auf den Lehrgang [Transition Kindergarten - Schule, Entwicklungsstufe 4-8](#) hin!

Pädagogische Hochschule Tirol

Homepage: <http://www.ph-tirol.ac.at/>

Elementar- und Primarpädagogik

→ http://www.ph-tirol.ac.at/typo3/fileadmin/user_upload/oerley/seminarprogramm/WS1011/pht_ws_2010-

[11_Seminare_final.pdf](#)

Pädagogische Hochschule Wien

Homepage: <http://www.phvienna.at/>

Kindergärtnerinnen und Kindergärtner

Das Institut für Fortbildung (APS, WMS, KGP, SO) ist Kompetenzzentrum für lebens- und berufsbegleitendes Lernen der Lehrenden, die an Volksschulen, Hauptschulen, Sonderschulen oder Polytechnischen Schulen unterrichten, sowie der Kindergärtnerinnen und Kindergärtner, die die Vorschulerziehung betreuen.

→ Fort- und Weiterbildungsangebot WS 2010/11: [Fort- und Weiterbildungsangebot WS 2010/11 \(PDF\)](#)

Kindergarten, Vorschule

Mag. Dr. Maria Schwarz-Herda 3524 oder 3916 1.0.010

maria.schwarz-herda@phwien.ac.at

Kirchliche Pädagogische Hochschule Wien

Homepage: <http://www.kphvie.at/>

Die Kirchliche Pädagogische Hochschule Wien hat drei Ausbildungsstandorte:

- [Krems/Donau](#),
- [Wien-Gersthof](#)
- [Wien-Strebersdorf](#)

Vorschulische Bildung

Institutionalisierter Vorschulischer Bildung wird in Österreich zunehmend mehr Bedeutung beigemessen. Die qualitätvolle Betreuung und Förderung von Kindern im Vorschulalter rückte ins Zentrum der gesellschaftspolitischen Diskussion. Besonderes Augenmerk wird auf die Nahtstelle "Kindergarten - Schule" gelegt.

Eine wesentliche Aufgabe des Kompetenzzentrums liegt bei der Vernetzung der Kooperation der KPHVIE mit Bildungsanstalten für KindergartenpädagogInnen. So soll es zu einer Ausweitung gemeinsamer Fortbildungsangebote für KindergartenpädagogInnen und VolksschullehrerInnen kommen. Eine Analyse der Lebens- und Lernbedingungen von Vorschulkindern, SchulanfängerInnen aus interdisziplinärer Perspektive bildet die Basis für Arbeitsschwerpunkte des Kompetenzzentrums.

→ <http://www.kphvie.ac.at/de/kompetenzzentren/vorschulische-bildung.html>

Kirchliche Pädagogische Hochschule Edith Stein

Homepage: <http://www.kph-es.at/>

KindergartenpädagogInnen-Weiterbildung an den Hochschulstandorten:

Feldkirch	Institut für Religionspädagogische Bildung
Innsbruck	Institut für Religionspädagogische Bildung
Salzburg	Institut für Religionspädagogische Bildung
Stams	Institut für LehrerInnenbildung Institut für Religionspädagogische Bildung

AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG FÜR ELEMENTARPÄDAGOGINNEN (OHNE PH'en)

Übersicht

Institut für Kindergarten- und Hortpädagogik IKH

Anerkannte Ausbildungslehrgänge (z.B. zur/zum KindergruppenbetreuerIn, zur Tagesmutter bzw. zum Tagesvater, zur/zum KindergartenassistentIn), Weiterbildungslehrgänge sowie ein breites Angebot an

berufsbegleitenden Kursen und Vorträgen runden die vielfältige Palette unseres Programms ab. KindergartenpädagogInnen, HorterzieherInnen, KindergruppenbetreuerInnen oder Tageseltern können Lehrgänge zur Reggio- oder Montessoripädagogik, zu mathematischer Früherziehung, früher Mehrsprachigkeit oder einfühlsamer Kommunikation besuchen. Besonders möchten wir auf den berufsbegleitenden Lehrgang zur interkulturellen Kompetenz hinweisen.

Als spezielles Highlight des heurigen Programms möchten wir Sie auf die Bildungsfahrt nach Reggio Emilia, Italien, von 22. bis 26. März 2009 aufmerksam machen.

Pädagogische Mitarbeiterinnen des IKH

Mag.a Elisabeth Ettel, Mag.a Gabriela Hofbauer, Mag.a Elisabeth Yagci-Grobner

Pädagogische Assistentin

Mag.a Elisabeth Mayerhofer, MBA

Leiter des IKH

Dir. Mag. Walter Schuster

Fachbeirat des Instituts für Kindergarten- und Hortpädagogik

Dem Institut für Kindergarten- und Hortpädagogik ist als beratendes Gremium ein Fachbeirat angeschlossen, dem folgende Persönlichkeiten angehören:

- Abg. z. NR. Mag.a Christine Lapp
- Univ.-Doz. Dr. Ernst Berger, Leiter der Neuropsychologischen Abt. für Kinder und Jugendliche des Neurologischen Krankenhauses Rosenhügel
- Mag.a Ulrike Fröhlich, Leiterin der Bundesbildungsanstalt für Kindergartenpädagogik 10
- Dr.in Heidemarie Lex-Nalis, Leiterin der Bundesbildungsanstalt für Kindergartenpädagogik 10 i.R.
- Thomas Hann, Dachverband der Wiener Privatkindergärten
- Walter Mitterbauer, Dachverband der Wiener Kindergruppen
- Lydia Kadoun, Österreichischer Dachverband der Berufsgruppen der Kindergarten- und HortpädagogInnen
- Mag.a Andrea Rohrauer, Wiener Kinderfreunde
- Mag.a Elisabeth Kneidinger, Kinder in Wien
- Brigitte Knapp, MA 11a
- Mag. Walter Schuster, Direktor der Volkshochschule Brigittenau, Leiter des Instituts für Kindergarten- und Hortpädagogik

Kurse des Instituts für Kindergarten- und Hortpädagogik

→ [Kursprogramm online durchblättern!](#)

→ [zum Online-Programm](#)

→ [als .pdf downloaden](#)

Serviceleistungen des Instituts für Kindergarten- und Hortpädagogik

Praxisbegleitung

Wir vermitteln Ihnen ExpertInnen, die Sie bei Ihrem Reflexionsprozess begleiten und Ihnen dabei helfen, neue Perspektiven in Ihrem pädagogischen Alltag zu finden.

Elternabendservice

Angebote für Eltern im Rahmen eines Elternabends zu Erziehungsfragen, Persönlichkeitsentwicklung des Kindes, Sucht- und Gewaltprävention, Selbstbewusstseins-Training für Eltern und deren Kinder, Medienerziehung, Sexualerziehung, Grenzen setzen, Umgang mit schwierigen Kindern, Verhaltensauffälligkeit, u.a.

Der genaue Preis ist abhängig von der Dauer sowie der Gruppengröße. Der Richtwert für einen Elternabend beträgt Euro 100,-

Englisch im Kindergarten

Weitere Fremdsprachenkurse für PädagogInnen sowie Deutsch als Fremdsprache auf Anfrage.

Gender Trainings für PädagogInnen, geschlechtersensible Pädagogik

ExpertInnenvermittlung für Pädagogische Tage und Teambesprechungen

Trainings und Seminare im eigenen Haus für PädagogInnen-Teams zu den Themen wie: Konfliktmanagement, Teamentwicklung, Persönlichkeitsentwicklung, Elternarbeit, Sucht- und Gewaltprävention, Umgang mit „schwierigen“ Kindern, Selbstbewusstseins-Training.

Supervision für PädagogInnen (Einzel, Team und Gruppe)

Schnupperpraktika

Sie möchten vor Ausbildungsbeginn ein bisschen in den zukünftigen Beruf hineinschnuppern? Wir bieten Ihnen die Vermittlung eines zweitägigen Schnupperpraktikums. Terminvereinbarung bis spätestens zwei Wochen vor dem gewünschten Termin.

Preis Euro 45,-

Aktivitäten für Kindergärten, -gruppen und Horte

Man sieht nicht nur mit den Augen gut

Blinde und sehbehinderte MitarbeiterInnen des Vereins Blickkontakt kommen zu Ihnen und zeigen Ihren Kindern, wie die Umwelt auch anders wahrgenommen werden kann. Sie zeigen und erklären mitgebrachte Hilfsmittel, die auch selbst ausprobiert werden können.

Dauer: ca. 2 Stunden. Preis Euro 50,-

Clownerie, Theaterspiel, Phantasiereisen

Professionelle Clowns und SchauspielerInnen kommen zu Ihnen, um mit Ihren Kindern und auf Wunsch auch mit Eltern zu spielen.

Preis: Euro 190,-

Zackenzilli: Akrobatische Performance und mehr

Performances und Workshops für Kindergärten, -gruppen, Horte und PädagogInnen: Mitspielzirkus, Stelzenprogramm oder diverse Workshops (z.B. Jonglieren, Luftballonmodellieren, Seiltanz).

Ernährungstrainings im eigenen Haus für das ganze Team

Um die gesunde Ernährung im Kindergarten einfließen lassen zu können, muss das ganze Team an einem Strang ziehen. An mehreren Abenden wird das Team über gesunde Ernährung informiert und einzelne Themen werden gemeinsam erarbeitet. PädagogInnen erhalten auch praxisnahe Ratschläge um Kinder für gesunde Ernährung sensibilisieren zu können.

An vier Abenden werden vor Ort die verschiedenen Möglichkeiten ausprobiert.

10 Termine nach Vereinbarung, Leitung: Jenny Tschürtz

Preis: Euro 290,-

IKH Kontakt

Institut für Kindergarten und Hortpädagogik (IKH)
Öffnungszeiten: Montag bis Freitag 08.30-20.00 Uhr
Wien 20, Raffaelgasse 11-13
Telefon: 330 41 95
Fax: 330 41 95 260
E-Mail: ikh@vhs.at
Erreichbarkeit: U6, 5, 31, 33, 5A, 39A

BETRIEBSKINDERGARTEN

Betriebskindergarten der Siemens AG Österreich wurde offiziell eröffnet

Wien (OTS) - Passend vor dem Welttag des Kindes am 12. September 2010 wurde der neue Betriebskindergarten am Standort Siemensstraße heute im Beisein von Wolfgang Hesoun, Vorstandsvorsitzender der Siemens AG Österreich, und Fritz Hagl, Vorsitzender des Zentralbetriebsrates, offiziell eröffnet. Der Ausbau des

Betriebskindergartens erfolgte im Zuge der Errichtung der Siemens City und der damit einhergehenden Integration aller Wiener Siemens-Standorte in einer Unternehmenszentrale. Verteilt auf zwei Gebäude stehen für die kleinen SiemensianerInnen nun bis zu 160 Betreuungsplätze zur Verfügung. Für den neue Betriebskindergarten, mit rund 840 Quadratmetern Nutzfläche, wurde ein bestehendes Bürogebäude umgebaut und mit Außenanlagen von rund 2 675 Quadratmetern erweitert. Damit handelt es sich um einen der größten Betriebskindergärten Österreichs. Der gezielte Ausbau familienfreundlicher Rahmenbedingungen soll die Vereinbarkeit von Kindern und Karriere erleichtern und in weiterer Folge dazu führen, das volle Potenzial und Talent der MitarbeiterInnen nützen zu können.

"Der neue Siemens-Betriebskindergarten ist ein großer Gewinn für alle Beteiligten: Viele Eltern genießen bereits die Vorzüge der betriebsfreundlichen Öffnungszeiten und das Unternehmen profitiert - vor allem im Hinblick auf eine leichtere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Kinder haben natürlich auch viel Spaß in den neu gestalteten Räumlichkeiten und nutzen den großangelegten Spielplatz" freut sich Ing. Wolfgang Hesoun, Vorstandsvorsitzender der Siemens AG Österreich. "Die Siemens AG Österreich orientiert sich zunehmend an einer lebensphasenbezogenen Personalentwicklung, mit dem Ziel, den beruflichen und privaten Bereich in Einklang zu bringen. Natürlich kommen diese Maßnahmen auch Männern zugute, die sich in zunehmendem Ausmaß für den Schritt in die Karenz oder Elternteilzeit entscheiden", betont Fritz Hagl, Vorsitzender des Konzernbetriebsrates der Siemens AG Österreich.

Zwtl.: Familienfreundliche Rahmenbedingungen schaffen
Mit dem Aufbau eines familienfreundlichen Arbeitsumfeldes erleichtert es die Siemens AG Österreich ihren MitarbeiterInnen familiäre und berufliche Verantwortungen zu verbinden. Das geschieht beispielsweise durch den Ausbau der Kinderbetreuungsplätze im Siemens-Betriebskindergarten, eine zunehmende Flexibilität der Arbeitszeiten und Job-Sharing. Eine familienfreundliche Personalpolitik ist aber auch im Hinblick auf die demographische Entwicklung unerlässlich. Die Möglichkeit von Teleworking, flexible Weiterbildungsmodelle und ein spezielles Mentoringprogramm, um auch in der Karenz mit dem Unternehmen in Verbindung zu bleiben, soll den jungen Eltern den Wiedereinstieg ins Unternehmen erleichtern und eine rasche Integration ermöglichen. Diese Angebote werden bereits von vielen MitarbeiterInnen genutzt, in zunehmendem Ausmaß auch von männlichen Kollegen. So waren laut Siemens Diversity-Report 2010 im vergangenen Geschäftsjahr bereits 2,4 Prozent aller karenzierten MitarbeiterInnen männlich. Im Gegenzug kam es seit 2007 im Management erster Ebene zu einem Anstieg weiblicher Führungskräfte knapp 6 Prozent.

Zwtl.: Der Siemens-Betriebskindergarten

Der neu errichtete Betriebskindergarten hat insgesamt eine Nutzfläche von rund 840 Quadratmetern und verfügt über eine Außenanlage mit einer Gesamtfläche von ca. 2 675 Quadratmetern. Der groß angelegte Garten ist nach den Prinzipien naturnahen Spielens konzipiert. Der Kindergarten besteht aus vier Gruppenräumen zwischen 75 und 85 Quadratmetern. Sie verfügen jeweils über eine eigene Garderobe, einen separaten Wasorraum mit Toiletten und einem Abstellraum. Weiters gibt es einen zusätzlichen Bewegungsraum, der im Wesentlichen wie ein Gruppenraum ausgestattet wurde, sodass der Kindergarten bei Bedarf auf fünf Gruppen erweitert werden kann. Die innere Erschließung des Gebäudes ist zum Teil als lichtdurchfluteter Spielgang angelegt. Außerdem verfügt der Kindergarten über eine Küche, Büro und Sozialräume für Personal sowie Lagerflächen. Die Gruppen werden altersgemischt geführt, d.h. die Kinder sind zwischen 1,5 und 6 Jahren alt. Die Umgestaltung des Kindergartens wurde von Siemens Real Estate durchgeführt und nach hohen Sicherheitsstandards der Stadt Wien umgesetzt.

Bild(er) zu dieser Aussendung finden Sie im AOM/Original Bild Service, sowie im OTS Bildarchiv unter <http://bild.ots.at>

Rückfragehinweis:

Harald Stockbauer
 Konzernpressesprecher
 Siemens AG Österreich
 Tel.: 051707 26006
 E-Mail: harald.stockbauer@siemens.com

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/190/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
 INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

BILDUNGSANSTALTEN FÜR KINDERGARTENPÄDAGOGIK

Übersicht BAKIP's

Übersicht Aus- &
Fortbildung an
BAKIP's

***STELLUNGNAHME und ANMERKUNGEN zu den Empfehlungen der ExpertInnengruppe
 ‚LehrerInnenbildung NEU. Die Zukunft der pädagogischen Berufe‘ vom März 2010 von Mag.
 Johannes Hackl, BAKIP Maria Regina***

bakip.direktion@maria-regina.at

→ http://www.bmukk.gv.at/medienpool/19528/stn_hackl.pdf

BILDUNG

Bildung auf einen Blick 2010: OECD-Indikatoren - Zusammenfassung in Deutsch

- In allen OECD-Mitgliedsländern suchen die Regierungen nach politischen Ansätzen und Maßnahmen, um das Bildungswesen effektiver zu gestalten, während sie sich gleichzeitig um zusätzliche Ressourcen für die steigende Bildungsnachfrage bemühen.
- Die Ausgabe 2010 von *Bildung auf einen Blick: OECD-Indikatoren* ermöglicht es jedem einzelnen Land, sein Bildungssystem im Licht der Leistungen anderer Länder zu betrachten. Sie bietet ein umfangreiches, aktuelles Spektrum an Indikatoren zu den Bildungssystemen, die Ländervergleiche ermöglichen und die Qualität und Effizienz der Bildungssysteme nach Maßstäben messen, die von der internationalen Fachwelt allgemein anerkannt werden.
- Die Indikatoren zeigen auf, wer an Bildung teilnimmt, was für Bildung ausgegeben wird und wie die einzelnen Bildungssysteme funktionieren. Ferner veranschaulichen sie ein breites Spektrum an Bildungsergebnissen, indem beispielsweise die Schülerleistungen in wichtigen Fächern und der Einfluss von Bildung auf die Arbeitsverdienste und Beschäftigungschancen Erwachsener verglichen werden.

Bildung auf einen Blick 2010: In die Zukunft investieren

Zu einem Zeitpunkt, an dem die Regierungen dazu übergehen, ihre öffentlichen Finanzen im Gefolge der globalen Wirtschaftskrise wieder ins Lot zu bringen, steht das Thema Bildung erneut im Brennpunkt. Zum einen ist Bildung in den meisten Ländern ein erheblicher öffentlicher Ausgabenposten, zum anderen sind Bildungsinvestitionen von entscheidender Bedeutung, wenn die Länder ihr langfristiges Wachstumspotenzial voll entfalten und angemessen auf den technologischen und demografischen Wandel reagieren wollen, der die Arbeitsmärkte derzeit verändert.

Bildung auf einen Blick 2010 enthält Daten und Analysen, um beide Seiten dieser Gleichung näher zu beleuchten – d.h. sowohl die Investitionen als auch die Erträge. Ganz allgemein liefert diese Ausgabe Daten zu einem breiten Spektrum an Bildungsaspekten, insbesondere dem Bildungsstand, dem Bildungszugang und dem Lernumfeld.

Bildung: Investitionen und Erträge

Die OECD-Länder investieren massiv in Bildung. Unterhalb des Tertiärbereichs sind die Ausgaben der

Bildungseinrichtungen je Schüler trotz der relativ stabilen Schülerzahlen zwischen 1995 und 2007 in jedem Land durchschnittlich um 43% gestiegen. Im Tertiärbereich haben sich die Ausgaben der Bildungseinrichtungen je Studierenden im Durchschnitt der OECD-Länder im Zeitraum 2000-2007 um 14 Prozentpunkte erhöht, nachdem sie in den vorangegangenen fünf Jahren stabil waren. Diese Entwicklung erklärt sich z.T. aus den Bemühungen der Regierungen, die Expansion der Tertiärbildung mit massiven Investitionen zu begleiten (**Indikator B1**).

Das Ausgabeniveau weist sowohl in absoluter als auch in relativer Rechnung zwischen den Ländern erhebliche Unterschiede auf. Die OECD-Länder geben 6,2% ihres Gesamt-BIP für Bildungseinrichtungen aus, konkret reichen die Ausgaben von über 7% in Dänemark, Island, Israel, den Vereinigten Staaten und dem Partnerland Russische Föderation bis zu 4,5% oder weniger in Italien und der Slowakischen Republik (**Indikator B2**).

In der gegenwärtigen Wirtschaftslage ist es besonders wichtig, genau zu untersuchen, wie groß der Anteil der öffentlichen Ausgaben ist, die für Bildung aufgewendet werden. Selbst in OECD-Ländern, in denen die Staatsquote insgesamt niedrig ist, stellt die öffentliche Finanzierung der Bildung eine vorrangige gesellschaftspolitische Aufgabe dar. Im Durchschnitt wenden die OECD-Länder 13,3% ihrer öffentlichen Gesamtausgaben für Bildung auf, wobei das Spektrum von weniger als 10% in Italien Japan und der Tschechischen Republik, bis zu nahezu 22% in Mexiko reicht (**Indikator B4**).

Die in die Bildung investierten öffentlichen Mittel bringen vielerlei Vorteile, so beispielsweise höhere Steuereinnahmen. Im Durchschnitt der OECD-Länder dürfte ein männlicher Absolvent des Tertiärbereichs im Lauf seines Berufslebens im Vergleich zu einer Person, die nur einen Sekundarstufe-II-Abschluss aufweist, zusätzliche Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge in Höhe von 119 000 US-\$ generieren. Selbst nach Abzug des staatlichen Aufwands, der den Abschluss mitfinanziert hat, bleibt ein Nettoertrag von durchschnittlich 86 000 US-\$, was nahezu dem Dreifachen des Betrags der öffentlichen Investitionen je Studierenden im Tertiärbereich entspricht. Die gesellschaftlichen Erträge sind sogar noch größer, da sich viele andere Nutzeffekte der Bildung (vgl. Kapitel A weiter unten) nicht direkt in den Steuereinnahmen niederschlagen (**Indikator A8**).

Bildung spielt auch eine entscheidende Rolle, wenn es darum geht, Arbeitskräfte länger im Erwerbsleben zu halten – ein positiver Nutzeffekt, der im Zuge der Bevölkerungsalterung in den OECD-Ländern zunehmend zu einer Notwendigkeit wird. Außerdem erhöht Bildung die Beschäftigungsfähigkeit: Im Durchschnitt der OECD-Länder erreichen die Arbeitslosenquoten der Personen mit Hochschulstudium seit 1997 konstant höchstens 4%, während sie im Kreis der Personen ohne Sekundarstufe-II-Abschluss die 10%-Schwelle bisher mehrfach überschritten haben (**Indikator A6**).

Der gesamtwirtschaftliche und gesellschaftliche Nutzeffekt der Bildung ist also überzeugend belegt. Gleichzeitig reichen einfache Mehrinvestitionen in Bildung aber nicht aus. Beunruhigenderweise folgten dem beachtlichen Anstieg der Ausgaben je Schüler bzw. Studierenden in den vergangenen zehn Jahren in vielen Ländern keine Verbesserungen der Qualität der Lernerträge. Wie OECD-Generalsekretär Angel Gurría in seinem Vorwort zu *Bildung auf einen Blick* feststellt, unterstreichen die Ergebnisse dieser Publikation, „welch große Anstrengungen nötig sind, wenn sich das Bildungswesen ‚neu‘ erfinden soll, wie dies andere Berufsbereiche bereits getan haben, um das Kosten-Nutzen-Verhältnis zu verbessern.“

Weitere Indikatoren aus *Bildung auf einen Blick: Ausgabe 2010*:

Kapitel A: Bildungsergebnisse und Bildungserträge.

Das Bildungsniveau hat sich in den vergangenen 30 Jahren insgesamt stark erhöht, mit ausgeprägten Unterschieden zwischen jüngeren und älteren Erwachsenen. Im Durchschnitt der OECD-Länder ist der Anteil der 25- bis 34-Jährigen, die mindestens die Sekundarstufe II abgeschlossen haben, um 22 Prozentpunkte höher als in der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen (**Indikator A1**).

Unter den jüngeren Menschen (17-20 Jahre) liegen die Abschlussquoten im Sekundarbereich II (Erstabschluss) in mehr als zwei Dritteln der OECD-Länder nunmehr bei über 70% und in neun Ländern bei mindestens 90%. In einer Reihe von Ländern, namentlich Dänemark, Finnland, Island und Norwegen, erreichen die Abschlussquoten in der Altersgruppe der über 25-jährigen Studierenden mehr als 10 Prozentpunkte (**Indikator A2**).

Schätzungen für 2008 zufolge erwerben in den 26 OECD-Ländern mit vergleichbaren Daten im Durchschnitt 38% der jungen Menschen einen Abschluss im Tertiärbereich A. Der Anteil der Studierenden, die einen derartigen Abschluss außerhalb des Regelalters erwerben, ist in Finnland, Island, Israel, Neuseeland und Schweden hoch, wo die Abschlussquoten der über 30-jährigen Studierenden mindestens ein Viertel der Gesamtabschlussquote ausmachen (**Indikator A3**).

In vielen Ländern beginnt eine beachtliche Zahl an Personen ein Hochschulstudium, ohne es erfolgreich abzuschließen. Im Durchschnitt gelingt es in den 18 OECD-Ländern, für die Daten zur Verfügung stehen, etwa 31% der Studierenden im Tertiärbereich nicht, in einem Studiengang dieses Bildungsniveaus einen Abschluss zu erwerben (**Indikator A4**).

Das Lernen endet natürlich nicht im Tertiärbereich, und viele Erwachsene halten während ihres gesamten Erwerbslebens daran fest, sich weiterzubilden und zu lernen. Im OECD-Raum nehmen Jahr für Jahr über 40%

der Erwachsenen an einer formalen oder informellen Bildungsmaßnahme teil, ihr Anteil variiert aber erheblich – von über 60% in Neuseeland und Schweden bis zu unter 15% in Griechenland und Ungarn (**Indikator A5**).

Über die bereits angesprochenen Aspekte hinaus werden in *Bildung auf einen Blick, Ausgabe 2010* weitere wirtschaftliche Nutzeffekte der Bildung näher beleuchtet, wie die Einkommensdifferenzen zwischen Personen mit unterschiedlichem Bildungsstand: Diese können erheblich sein, wobei Absolventen des Tertiärbereichs in mehr als zwei Dritteln der Länder, für die Daten verfügbar sind, einen Gehaltsvorteil von über 50% genießen (**Indikator A7**). Ein höherer Bildungsstand geht auch mit gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen einher, darunter einem besseren Gesundheitszustand (**Indikator A9**). Ferner werden die Kosten näher untersucht, die Arbeitgeber für Mitarbeiter mit unterschiedlichem Bildungsstand zu tragen haben: Im OECD-Raum belaufen sich die jährlichen Lohnkosten für Männer ohne Sekundarstufe-II-Abschluss auf 40 000 US-\$ und für Frauen auf 29 000 US-\$, bei Arbeitskräften mit Hochschulabschluss steigen diese auf 74 000 US-\$ für Männer und 53 000 US-\$ für Frauen (**Indikator A10**).

Kapitel B: Die in die Bildung investierten Finanz- und Humanressourcen.

Wie weiter oben festgehalten wurde, investieren die Gesellschaften generell massiv in Bildung. Die Mittel stammen größtenteils aus öffentlichen Quellen: In den OECD-Ländern beträgt der staatliche Anteil bei den Ausgaben für die Primar-, Sekundar- und postsekundäre nichttertiäre Bildung über 90%. Private Mittel gewinnen in der Hochschulbildung an Bedeutung, wo ihr Anteil von weniger als 5% in Dänemark, Finnland und Norwegen bis zu über 75% in Chile und Korea reicht (**Indikator B3**).

Studiengebühren sind ein weiteres Thema im Bildungssektor, das aufmerksam verfolgt wird. In acht OECD-Ländern werden von öffentlichen Bildungseinrichtungen keine Studiengebühren erhoben, in einem Drittel der Länder, für die Daten zur Verfügung stehen, verlangen öffentliche Bildungseinrichtungen indessen von inländischen Studierenden jährliche Studiengebühren von über 1 500 US-\$ (**Indikator B5**).

Wohin fließen die Bildungsausgaben? In den OECD-Ländern entfallen 92% der Gesamtausgaben im Primar-, Sekundar- und postsekundären nichttertiären Bereich auf laufende Ausgaben, wovon, mit Ausnahme von 4 OECD-Ländern, die Personalkosten über 70% ausmachen (**Indikator B6**). Die Gehaltskosten pro Schüler variieren signifikant zwischen den Ländern. In Luxemburg, der Schweiz und Spanien sind sie beispielsweise um mehr als das Zehnfache höher als in Chile (**Indikator B7**).

Kapitel C: Bildungszugang, Bildungsbeteiligung und Bildungsverlauf.

In den meisten OECD-Ländern hatten praktisch alle Bürger in den vergangenen zehn Jahren Zugang zu einer formalen Bildung von mindestens 12 Jahren. In etwa einem Drittel der Länder, für die Daten verfügbar sind, stabilisierte sich die Bildungsbeteiligung der 15- bis 19-Jährigen und 20- bis 29-Jährigen in den vergangenen fünf Jahren, was ein Hinweis darauf sein könnte, dass ein gewisser Sättigungsgrad erreicht wurde (**Indikator C1**).

Die Mobilität der Studierenden – gemessen anhand der Zahl der Studierenden, die zum Zweck eines Hochschulstudiums ins Ausland gehen – nimmt weiter zu. Im Jahr 2008 waren über 3,3 Millionen Studierende im Tertiärbereich außerhalb des Landes ihrer Staatsangehörigkeit (des Herkunftslandes) eingeschrieben, was einem Anstieg um 10,7% gegenüber dem Vorjahr entspricht (**Indikator C2**).

Der Übergang vom Bildungssystem ins Erwerbsleben gestaltet sich für junge Menschen nicht immer reibungslos, und in vielen Ländern befinden sich einige ältere Jugendliche (15-19 Jahre) weder in einer Bildungsmaßnahme noch in der Erwerbsbevölkerung oder den Arbeitslosenstatistiken. Ihr Anteil reicht von über 32,6% in der Türkei bis zu 2,1% in den Niederlanden (**Indikator C3**).

Kapitel D: Das Lernumfeld und die Organisation der Schule.

Im Durchschnitt der OECD-Länder entfallen bei den 9- bis 11-Jährigen auf Lesen, Schreiben und Literatur sowie Mathematik und Naturwissenschaften 48% der Pflichtunterrichtszeit, bei den 12- bis 14-Jährigen sind es 40%. In der Altersgruppe 9-11 Jahre variiert die im Pflichtcurriculum für Lesen, Schreiben und Literatur vorgesehene Unterrichtszeit stark und reicht von 16% in Island bis zu über 30% in Frankreich, Mexiko und den Niederlanden (**Indikator D1**). Die durchschnittliche Klassengröße liegt im Primarbereich bei etwa 22 Schülern, reicht jedoch von mindestens 30 Schülern in Chile und Korea bis zu nahezu der Hälfte dieser Zahl in Luxemburg und dem Partnerland Russische Föderation (**Indikator D2**).

Zwar sind die Lehrergehälter zwischen 1996 und 2008 in realer Rechnung in praktisch allen Ländern gestiegen, doch werden Lehrkräfte in den meisten Ländern nach wie vor schlechter bezahlt als andere Personen mit ähnlichem Bildungsabschluss. Die Gehälter von Lehrkräften mit mindestens 15 Jahren Berufserfahrung im Sekundarbereich I reichen von weniger als 16 000 US-\$ in Ungarn und im Partnerland Estland bis zu über 98 000 US-\$ in Luxemburg (**Indikator D3**).

Die Zahl der von Lehrern an öffentlichen Schulen des Sekundarbereichs I zu unterrichtenden (Zeit-) Stunden beträgt im Durchschnitt 703 Stunden jährlich, reicht jedoch von weniger als 520 Stunden in Griechenland

und Polen bis zu über 1 000 Stunden in Mexiko und den Vereinigten Staaten (**Indikator D4**).

Schließlich werden in der diesjährigen Ausgabe von *Bildung auf einen Blick* auch zwei neue Aspekte untersucht – der Grad, bis zu dem Eltern die Schule ihrer Kinder auswählen können und die Rolle, die ihnen bei der Schulaufsicht zukommt. Zusätzlich zu den öffentlichen Schulen gibt es in den Ländern in der Regel auch zahlreiche sonstige Bildungseinrichtungen. So ist es staatlich subventionierten privaten Bildungseinrichtungen (*government-dependent private institutions*) und unabhängigen privaten Bildungseinrichtungen (*independent private institutions*) in 4 von 5 OECD-Ländern, für die Daten verfügbar sind, beispielsweise gestattet, Pflichtunterricht anzubieten. In der Praxis übersteigen die Besuchsquoten staatlich subventionierter privater Bildungseinrichtungen nur in sieben Ländern 10% (**Indikator D5**).

Die meisten OECD-Länder berichten, dass den Eltern zahlreiche Möglichkeiten der Mitwirkung am Management öffentlicher Schulen bzw. in Vereinen geboten werden, die öffentliche Schulen beraten. Die meisten Länder geben ferner an, dass Regelungen bezüglich eines formalen Verfahrens vorhanden sind, mit dessen Hilfe Eltern Beschwerden einreichen können (**Indikator D6**).

© OECD 2010

Übersetzung durch den Deutschen Übersetzungsdienst der OECD.

Die Wiedergabe dieser Zusammenfassung ist unter Angabe der Urheberrechte der OECD sowie des Titels der Originalausgabe gestattet.

Zusammenfassungen in Drittsprachen enthalten auszugsweise Übersetzungen von OECD-Publikationen, deren Originalfassungen in englischer und französischer Sprache veröffentlicht wurden.

Sie sind unentgeltlich beim Online-Bookshop der OECD erhältlich unter Bookshop www.oecd.org/bookshop/

Wegen zusätzlicher Informationen wenden Sie sich bitte direkt an die OECD Rights and Translation Unit, Public Affairs and Communications Directorate unter: rights@oecd.org oder per Fax: +33 (0)1 45 24 99 30
OECD Rights and Translation unit (PAC)
2 rue André-Pascal, 75116
Paris, France

Besuchen Sie unsere Website [www.oecd.org/rights/EDUCATION AT A GLANCE 2010: OECD INDICATORS](http://www.oecd.org/rights/EDUCATION_AT_A_GLANCE_2010_OECD_INDICATORS) ISBN 978-92-64-055988 © OECD 2010 – 5

→ ORIGINALTEXT:

http://www.oecd.org/document/52/0,3343,en_2649_39263238_45897844_1_1_1_1,00.html

Education at a Glance 2010 - OECD Indicators

Education at a Glance provides a rich, comparable and up-to-date array of indicators on systems and represents the consensus of professional thinking on how to measure the current state of education internationally.

→ [Available from the Online Bookshop.](#)

Highlights from Education at a Glance 2010

This companion publication to the OECD's flagship compendium of education statistics, Education at a Glance, provides easily accessible data on key topics in education today, including: educational achievement and student numbers, benefits of education, spending on education, and class size.

→ [Available from the Online Bookshop.](#)

BILDUNGSPOLITIK

Neue Schulden für die nächste Generation - Die OECD-Studie zeigt: Allein aus fiskalpolitischer Sicht wären Schulden für die Finanzierung der höheren Bildung gerechtfertigt

Die OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“ trifft eine klare Aussage: Staaten sollen in Bildung investieren, auch wenn sie dafür Schulden machen müssen. Neben einer höheren Akademikerrate bringe das dem österreichischen Staat rund 118.000 Dollar pro Akademiker, mehr als doppelt so viel, als den Staat ein fertiger Akademiker gekostet hat. Die Rechnung ist einfach: Je mehr Akademiker ein Staat hat, desto größer sind die Einnahmen in der Zukunft. Diese Weisheiten - eigentlich nicht spektakulär - sollten sich Österreichs Bildungspolitiker vielleicht zu Gemüte ziehen, wenn sie davon sprechen, weniger Geld anstatt mehr Geld in die Universitäten zu investieren, gerade wenn es um zukunftsgeordnete Finanzplanung geht.

Das Budget verlange Sparsamkeit, mehr sei jetzt nicht drinnen, man würde ja gerne, aber die Situation nach bzw. während der Krise verlange von Allen Einsparungen und Entbehrungen - heißt es so oder so ähnlich von Seiten der Politik. Wir

brauchen mehr Geld, mit Strukturmaßnahmen allein lässt sich eine Verbesserung im System nicht erzielen, lassen hingegen von Hochschul- und Studierendenvertreter unisono verlauten.

Sicher gibt es an Universitäten - wie an Schulen oder Ministerien - Einsparungspotenziale, Verbesserungsmöglichkeiten und bereits gute Ansätze. Doch allein durch Sparen wird ein krankes System nicht gesund. Jahrzehntelange Mangelernährung wirkt sich aus, der Patient muss durch langsame aber stetige Ressourcenzugabe wachsen. Gemessen am BIP stagnieren jedoch in Österreich die Ausgaben für Bildung an sich.

Eins zeigt die Studie „Bildung auf einen Blick“ jedoch deutlich, der Grundsatz „Keine neuen Schulden auf Kosten der nächsten Generation“ ist für den Bereich Bildung falsch. Vielmehr müsste er heißen: „Neue Schulden für die Zukunft der nächsten Generation“. Nicht nur aus bildungspolitischer sondern auch aus finanzpolitischer Sicht muss der Staat zu einem Umdenken kommen, sonst steckt der Patient „Höhere Bildung“ seine Nachbarn Budget und Arbeitsmarkt an. Und dann fehlen uns für die Behandlung dieser Problem die Ärzte. (Sebastian Pumberger, derStandard.at)

<http://derstandard.at/1282979097665/Neue-Schulden-fuer-die-naechste-Generation>

"Die Bildungsrepublik Deutschland ist und bleibt ein armes Land" - Prof. Dr. Wassilios E. Fthenakis, Präsident des Didacta Verbandes, zum OECD-Bericht "Bildung auf einen Blick 2010":

"Die Bildungsrepublik Deutschland ist und bleibt ein armes Land. Das belegt einmal mehr die OECD in ihrem jährlichen Bericht "Bildung auf einen Blick". Dabei bringen Investitionen in Bildung auch der öffentlichen Hand erhebliche Renditen. Dennoch ist sie nicht bereit, die Bildungsausgaben in Deutschland im internationalen Vergleich auf Spitzenniveau anzuheben. Im Gegenteil: Laut OECD lagen die gesamten öffentlichen und privaten Ausgaben für Bildungseinrichtungen in Deutschland 2007 bei 4,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, mit in den letzten Jahren rückläufiger Tendenz.

Deutschland belegt damit den 23. von 27 Plätzen auf der Rangskala und liegt damit weit hinter den Spitzenreitern USA, Korea und Dänemark zurück, die über sieben Prozent des BIP in Bildung investieren. Damit bestätigt die OECD Warnungen des Didacta Verbandes über rückläufige Bildungsinvestitionen in Deutschland. Und noch schlimmer: die Zahlen liegen weit hinter dem eigenen Anspruch der deutschen Politik zurück, bis 2015 ebenfalls sieben Prozent des BIP zu erreichen. Daran ändern weder die Rechenricks der Finanzminister etwas, die die Bildungsetats der Bundesländer künstlich aufblähen wollen, noch die Sonntagsreden der Politiker, wonach Bildung die Zukunftsinvestition schlechthin sei.

Der beruflichen Bildung bescheinigt die OECD insgesamt ein gutes Zeugnis. Dennoch gibt es auch hier Verbesserungspotenzial. So nehmen beispielsweise nur weniger als ein Prozent der beruflich Qualifizierten ohne Abitur ein Studium an einer Universität auf. Zudem landen immer noch zu viele Schulabgänger im so genannten Übergangssystem. Vor dem Hintergrund des drohenden Fachkräftemangels sind dies alarmierende Zeichen.

Jahr für Jahr hält die OECD der deutschen Bildungspolitik mit ihrem Bildungsbericht den Spiegel vor. Trotz der eingeleiteten Reformen, bleiben die Kritikpunkte dabei im Wesentlichen unverändert. Für ein hochentwickeltes Land wie Deutschland ist dies beschämend.

Bund, Länder und Kommunen dürfen sich nun nicht länger den Schwarzen Peter zuschieben. Sie müssen endlich eine gemeinsame Strategie zur nachhaltigen Bildungsfinanzierung entwickeln, die auch eine Aufhebung des Kooperationsverbots vorsehen sollte. Gemeinsam müssen sie soziale Ungerechtigkeiten auszugleichen, die unserem Bildungssystem immanent zugrunde liegen. Gerade auch der Bund steht hier in der Pflicht.

Die Länder hingegen müssen die durch den Schülerrückgang freiwerdenden Mittel im Bildungssystem belassen, um den Bildungseinrichtungen mehr Freiräume zu gestatten und mehr Geld in die Ausbildung der Pädagogen zu investieren.

Wer unter anderem mangelhafte Integration beklagt, der muss vor allem die Bildung der Kinder von null bis zehn Jahren stärken. Und er darf dabei nicht nur die Quantität der Angebote im Blick haben, sondern vor allem die Qualität. Um diese zu gewährleisten, brauchen wir eine neue Organisation der Bildungsprozesse und eine gemeinsame Philosophie im Elementar- und Primarbereich, ja im Bildungsverlauf insgesamt. Wir brauchen gut ausgebildete Fachkräfte, die Kinder von null bis zehn Jahren begleiten und fördern können. Wir brauchen verbindliche Institutionen übergreifende Bildungspläne. Und wir brauchen gut ausgestattete Bildungseinrichtungen. Erst wenn solche Maßnahmen ausreichend finanziert werden, kann die Bildungsrepublik doch noch ein blühendes Land werden."

OECD: Investitionen in höhere Bildung bringen dem Staat "erheblichen ...

derStandard.at

Wien - Höhere Bildung zahlt sich aus - nicht nur für den Einzelnen, sondern auch für den Staat. Das geht aus der am Dienstag veröffentlichten OECD-Studie ...

[Wir brauchen endlich mehr Geld für Bildung](#) Scharf-links.de

[Deutschland schneidet in Sachen Bildung im OECD-Vergleich schlecht ab](#) ShortNews.de

[APA OTS \(Pressemitteilung\)](#) - [DiePresse.com](#) - [WirtschaftsBlatt.at](#) - [Kurier](#)
[Alle 371 Artikel »](#)

Milliardengrab Bildung

WELT ONLINE

93,5 Milliarden Euro haben Bund, Länder, Kreise und Städte 2008 für Bildung ausgegeben, hat das Statistische Bundesamt berechnet. ...

BILDUNGSPLAN

Die elementaren Fragen der Kinder

Ergänzend zum neuen Bildungsplan für Kindergärten beschäftigen sich Diözesen in ganz Österreich mit der Frage einer kompetenten, zeitgemäßen religiösen Begleitung im Vorschulalter. Weil Kinder ohnehin nach Antworten suchen und es Dinge gibt, die nur über die Religion erklärt werden können.

Von Michaela Spirk-Paulmichl

Wer mit kleinen Kindern zu tun hat, kommt um das Thema Religion nicht herum. „Wer bin ich und wo komme ich her?“ Viele dieser existenziellen Fragen, die Menschen seit jeher bewegen, und die besonders Kinder im Vorschulalter zu stellen beginnen, suchen nach Antworten. Nach kompetenten, den Themen unserer Zeit angepassten Antworten, will man die Kinder und ihre Anliegen auch wirklich ernst nehmen, finden Pädagogen und Theologen.

Parallel zum bereits vorliegenden österreichweiten Bildungsplan für Kindergärten, einer einheitlichen Grundlage mit pädagogischen Standards, haben österreichische Diözesen schon vor Monaten damit begonnen, an einem religiösen Bildungsplan zu arbeiten. Aus diesem Anlass widmet sich eine Tagung im Haus der Begegnung in Innsbruck am 17. September ganz dem Recht des Kindes auf Religion.

Kindergartenpädagoginnen aus dem ganzen Land werden dabei vertreten sein, Veranstalter ist die Trägergemeinschaft Katholischer Kindertageseinrichtungen in Tirol, KAKITA. Deren Geschäftsführerin Reingard Weissensteiner beschäftigt sich mit der Frage, wie es gelingen kann, vom einen Extrem – der zu starren Sichtweise vergangener Tage – nicht auf ein anderes zu verfallen. Nämlich zu einer Haltung, bei der alles möglich und beliebig ist, aber auch nichts mehr eine Bedeutung hat. „Beliebigkeit heißt immer auch, unglücklich zu sein“, meint sie. „Wenn alles egal ist, dann gibt es nichts mehr, wofür ich mich anstrengen muss.“

Weissensteiner ist überzeugt, dass Kinder eine religiöse Begabung haben. Diese äußere sich etwa in den Aussagen, die sie selbst bei ihrer Arbeit im Haus der Telfer Kinder zu hören bekomme: „Warum gibt es Babys und wer schützt sie?“ „Sieht meine verstorbene Oma, wenn ich ihr einen Engel aufs Grab lege, und ist mein toter Kater Felix bei ihr?“, sind nur einige davon. Sie lassen die Pädagogin schmunzeln, machen sie darüber hinaus aber nachdenklich: „Dabei geht es immer um Persönlichkeitsentwicklung, und wir können die Kinder dabei unterstützen.“

Religion biete große Chancen: „Wir wollen die Kinder ja nicht verblöden, indem wir ihnen Geschichten etwa vom Krampus erzählen, der sie mitnimmt, sondern professionelle Antworten geben.“

Dabei könne ein religiöser Bildungsplan behilflich sein, auch weil viele Pädagogen verunsichert seien, wie weit sie gehen dürften. Und doch gebe es Dinge, die gar nicht anders als über die Religion erklärt werden können: „Das Kind sieht Kirchen und Moscheen. Es will sich ein Bild machen von seiner Welt.“ Und schließlich seien viele Feiern im Jahreskreis religiöse Feste. „Natürlich kann ich zum Martinsfest eine Party mit Laternenwettbewerb organisieren. Aber ich kann auch auf die tiefere Bedeutung eingehen, auf die des Teilens.“

Auf die Frage, ob Gott es liebe, würde sie einem Kind heute nicht einfach mit „Ja“ antworten. „Ich würde entsprechend einer reflektierten Haltung sagen, ich glaube, dass Gott dich liebt oder fragen, was es denn selbst denke.“ Das Stichwort für neue Impulse laute „religionssensible Erziehung“, also nicht nur die eigene, sondern auch andere Religionen verstehen zu lernen, oder was konfessionslos bedeutet.

In einem Impulsreferat befasst sich auch der Theologe und Pädagoge Matthias Hugoth bei der Tagung in Innsbruck mit dem Thema Religion als Bildung. Die Bereiche Ethik, Religion und Philosophie gehören zum Standardprogramm der Bildungsarbeit von Kindertageseinrichtungen, ist er überzeugt. Das Kind brauche Erfahrungen und Orientierungen, die sein Vertrauen in das Leben stärken, die ihm helfen, mit dem Erleben von Geborgenheit und Angst, Gelingen und Scheitern, Autonomie und Angewiesensein, Hoffnung und

Verzagtheit umzugehen; damit es auch in schwierigen Situationen Halt und Sinn finden kann.

<http://www.tt.com/csp/cms/sites/tt/%C3%9Cberblick/Chronik/ChronikContainer/1212399-8/die-elementaren-fragen-der-kinder.csp>

→ Siehe auch: Auftaktveranstaltung zur Auseinandersetzung mit dem Religionspädagogischen BildungsRahmenPlan http://www.kakita.at/sites/kakita.at/files/redaktion/Einladung_KAKITA%20Studentag_2010.pdf

→ Siehe dazu: Macht Religion Kinder kompetent? Einführung in den „Religiösen Bildungsplan“ für katholische Kindergärten.

Ergänzend zum neuen „Bundesländerübergreifenden BildungsRahmenPlan für elementare Bildungseinrichtungen in Österreich“ wurde ein „Religiöser Bildungsplan“ erarbeitet. Am Seminartag wird dieser vorgestellt und anhand von Beispielen erläutert.

Folgenden Fragen werden wir nachgehen:

- Welche Bildungsbereiche werden angesprochen?
- Welche Kompetenzen/ Ziele werden formuliert?
- Welche didaktisch/methodische Anregungen werden gegeben?
- Welche Möglichkeiten der Bildungspartnerschaft werden aufgezeigt?

Weiters wird das Grundverständnis von religiöser Bildung, das diesem Bildungsplan zugrunde liegt, dargestellt

Di. 18. Jan. 2011, 14.00 h bis 17.30 h
 Höchstzahl der TeilnehmerInnen: 30
 ReferentInnen: Josef Peterseil, Ulrike Stadlbauer
 Leitung: Ulrike Stadlbauer
 PH der Diözese Linz, Fortbildung - Seminarraum 1
http://www.phdl.at/fileadmin/fileMounts/Fortbildung/2010_11/KIGA_2010_web.pdf

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

Gesetze Bundesländer

Bundeskanzleramt RIS
 Informationsangebote

Gemeindefinanzen: Kleine Gemeinden leiden besonders unter Ausgabenbelastung. Gemeindebund-Studie zeigt: Kleine Gemeinden wirtschaften höchst effizient.

Graz (OTS/Gemeindebund) - Die Gemeinden mit weniger als 2.500 Einwohnern sind nicht nur aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise mit großen finanziellen Problemen konfrontiert. Eine Studie, die Prof. Dr. Gerhard Lehner im Auftrag des Gemeindebundes erstellt hat, zeigt sehr deutlich, dass die Rahmenbedingungen für kleine Gemeinden sich seit 2001 stetig verschlechtern.

Mitverantwortlich dafür sind in einem hohen Ausmaß die Abwanderung aus ländlichen Regionen sowie der zeitgleiche Bevölkerungszuwachs in den Ballungsräumen. Seit 2001 haben die kleinen Gemeinden (mit weniger als 2.500 Einwohnern) rund 33.000 Einwohner verloren, im gleichen Zeitraum hat die Gesamtbevölkerung in Österreich allerdings um rund 300.000 Personen zugenommen. 27,3 Prozent der Menschen haben 2001 in einer kleinen Gemeinde gelebt, im Jahr 2008 waren es nur noch 25,9 Prozent. Die Bevölkerungsentwicklung ist für die Kleingemeinden deshalb von großer Bedeutung, weil sie die Grundlage für die Ertragsanteile des Bundes an die Gemeinden ist. Allein aus dieser Finanzquelle haben die kleinen Gemeinden seit 2001 23 Mio. Euro verloren. Durchschnittlich erhält jeder dieser Gemeinden pro Einwohner und Jahr 696 Euro aus den Bundesertragsanteilen, die liegt

um 12,5 Prozent unter dem Durchschnitt aller Gemeinden. Verantwortlich dafür ist der abgestufte Bevölkerungsschlüssel, der größere Gemeinden bei der Auszahlung der Bundesertragsanteile bevorzugt. Zum Vergleich: Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern erhalten pro Kopf und Jahr 1.132 Euro aus Bundesertragsanteilen.

Entgegen vieler Meinungen, wirtschaften aber gerade die kleinen Gemeinden besonders sorgsam mit den ihnen anvertrauten Steuergeldern. Die Ausgaben einer Gemeinde pro Einwohner steigen mit der Größe der Bevölkerung deutlich an. So gibt eine Kleingemeinde pro Einwohner und Jahr im Durchschnitt 2.194 Euro aus. In Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern steigt dieser Wert auf 3.430 Euro pro Jahr und Einwohner an.

Die höheren Ausgaben in größeren Gemeinden erklären sich auch aus den progressiv steigenden Verwaltungskosten in größeren Gemeinden. 266 Euro pro Einwohner und Jahr geben kleine Gemeinden für die Verwaltung aus. In Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern sind es durchschnittlich 610 Euro pro Einwohner und Jahr. Die Vermutung, dass man durch die Zusammenlegung von Gemeinden an Verwaltungs- und Personalkosten sparen kann, ist damit eindeutig widerlegt.

Besonders deutlich sind die Unterschiede in der Ausgabenstruktur im Bereich "Soziales und Wohnbau". Größere Städte brauchen pro Jahr und Einwohner 566 Euro, kleine Gemeinden kommen im Durchschnitt mit Ausgaben von 158 Euro pro Jahr aus. "Das liegt vor allem auch daran, dass in den ländlichen Gebieten und kleinen Gemeinden die Sozialkosten derzeit noch deutlich niedriger sind, weil viele Dinge von Freiwilligen erledigt werden. Gerade in der Betreuung und Pflege älterer Mitbürger gibt es in den ländlichen Gebieten ein großes Potential von Freiwilligen und Angehörigen, das auch genutzt wird. In Städten und Großgemeinden hingegen müssen viele dieser Aufgaben schon die öffentliche Hand übernehmen und auch finanzieren", weiß Präsident Helmut Mödlhammer.

"Die genannten Beispiele", ergänzt Bgm. Erwin Dirnberger, "sind typisch für die gesamte Ausgabenstruktur der Gemeinden. Kostenseitig wirtschaften die kleinen Gemeinden deutlich effizienter als große Gemeinden, bei den Einnahmen hingegen sind sie durch Abwanderung und den abgestuften Bevölkerungsschlüssel gegenüber den Städten und Ballungsräumen benachteiligt." Man werde, so Mödlhammer, im nächsten Finanzausgleich noch mehr darauf achten müssen, diese Ungerechtigkeiten zu beseitigen.

Abzulesen sind die Probleme auch am Finanzierungssaldo der Kleingemeinden: Kommunen bis zu 2.500 Einwohner wiesen zwar auch 2008 noch einen Maastricht-Überschuss von 39,8 Mio. Euro auf, im Jahr 2002 lag dieser Überschuss aber noch bei 83,5 Mio. Euro. "Es ist generell einmal festzuhalten, dass die Gemeinden die bisher einzigen Gebietskörperschaften waren, die den Stabilitätspakt und die Maastricht-Kriterien in jedem Jahr auf Punkt und Beistrich eingehalten haben. Da könnten sich der Bund und die Länder eine Scheibe abschneiden", so Mödlhammer. Für das Jahr 2010 sehen Mödlhammer und Dirnberger hingegen schwarz. "Aufgrund der sinkenden Einnahmen und der hinzugekommenen Auf- und Ausgaben, wird das Erreichen der Maastricht-Ziele für die Gemeinden kaum möglich sein. Die Anzahl der Abgangsgemeinden ist schon jetzt so hoch wie schon lange nicht."

Folgerichtig befasste sich im Rahmen des Österreichischen Gemeindetages, der größten kommunalpolitischen Veranstaltung des Jahres, auch der Bundesvorstand des Gemeindebundes mit diesen Problemen und formulierte seine Anliegen in einer Resolution.

Die Eckpunkte der Resolution lauten sinngemäß:

Kommunale Einnahmensituation verbessern: Die Gemeinden müssen in einem adäquaten Ausmaß an der einnahmenseitigen gesamtstaatlichen Budgetkonsolidierung partizipieren.

Kommunaler Belastungsstopp: Gemeinden werden laufend mit kostenintensiven Aufgaben belastet. Angesichts der bereits ausgereizten Sparpotenziale kann die freie Finanzspitze vielfach nur mit radikalen Kürzungen kommunaler Leistungen erhalten werden. In vielen Bereichen der gesetzlich übertragenen Aufgaben ermöglichen die Gesetzgeber allerdings keine Möglichkeiten des Sparens (zB Kinderbetreuung, Pflege, Soziales, Transfers). Die Bundesregierung und die Länder werden daher aufgerufen, sich zu einer fairen Lastenverteilung und einem Belastungsstopp für die Gemeinden zu bekennen.

Fairness im Stabilitätspakt: Eine ausgewogene Lastenverteilung verlangt auch einen fairen Stabilitätspakt zwischen den Gebietskörperschaften: Ein neuer Stabilitätspakt darf den Gemeinden nur zumutbare Ziele aufbürden. Aus gegenwärtiger wirtschaftlicher Sicht ist es unumgänglich, dass den Gemeinden (ohne Wien) die Möglichkeit eines Negativ-Saldos in Höhe von 0,3 % des BIP eingeräumt wird.

Ausgabenreform durch Aufgabenreform - Gesetzliche Maßnahmen für mögliche Sparpotenziale: Ohne eine Änderung des gesetzlichen Rahmens, der die Gemeinden zu Ausgaben verpflichtet, sind den Gemeinden die Hände zu einer nachhaltigen ausgabenseitigen Stabilisierung ihrer Budgets gebunden. Das setzt bei der Verwaltungsreform auch Mut zu substanziellen Schritten voraus, insbesondere sollten die Gemeinden von jenen Aufgaben entlastet werden, bei denen das überörtliche Interesse überwiegt - wie zum Beispiel bei der Gesundheit oder der Pflege.

Nachhaltige Finanzierung der Pflege: Für eine nachhaltige Pflegefinanzierung muss ein entsprechender Rechtsrahmen geschaffen werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Gemeinden in diesem Bereich mit den größten Kostensteigerungen - im zweistelligen Prozentbereich - zu kämpfen haben.

Budgetvoranschläge 2011 hängen in der Luft: Ohne konkrete Vorstellungen über mögliche budgetstabilisierende Maßnahmen und valide Zahlen auf Einnahmen- wie auf Ausgabenseite wird es für viele Gemeinden nicht möglich sein, für 2011 rechtzeitig ein Budget vorzulegen. Die Gemeinden müssen als Partner des Stabilitätspaktes in die Entwicklung budgetkonsolidierender Maßnahmen eingebunden werden. Sie appellieren an den Bund und an die Länder, diese Arbeiten gemeinsam umgehend aufzunehmen, um den Gemeinden rechtzeitig ein Mindestmaß an finanzieller Planungssicherheit zu gewährleisten.

Rückfragehinweis:

Österreichischer Gemeindebund

Daniel Kosak (Pressesprecher)

Tel.: (01) 512 14 80/18, Mobil: 0676 / 53 09 362

<mailto:daniel.kosak@gemeindebund.gv.at>

<http://www.gemeindebund.gv.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/153/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Städtebund: Schluss mit Transferzahlungen und Doppelfinanzierungen. Erste Städte und Gemeinden rutschen noch heuer in rote Zahlen.

Wien (OTS) - Der Österreichische Städtebund unterstützt die Eckpunkte der Resolution, die der österreichische Gemeindebund heute beim Gemeindetag in Graz präsentiert hat. Gefordert wird darin unter anderem ein Belastungsstopp - Transferzahlungen, also "Pflichtausgaben" der Städte und Gemeinden im Bereich Gesundheit und Soziales, die durch Landesgesetze geregelt werden, sind derart angewachsen, dass viele Kommunen noch heuer in die roten Zahlen rutschen werden. Dies vor dem Hintergrund, dass Österreichs Städte und Gemeinden bisher immer vorbildlich den Stabilitätspakt

eingehalten haben und ausgeglichen bilanzieren konnten. Der Österreichische Städtebund fordert daher - übereinstimmend mit dem Gemeindebund - klare Kompetenzverteilungen und Transparenz bei der Finanzierung der Aufgaben: "Transferverflechtungen müssen abgebaut werden, die Steuerung und Finanzierung von öffentlichen Leistungen sollen in einer Hand liegen - zum Beispiel Sozialhilfe durch das Land, Kinderbetreuung durch die Gemeinden", sagt Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes. Der Finanzausgleich, der die Verteilung der Finanzmittel zwischen den Gebietskörperschaften regelt, müsse endlich aufgabenorientiert geregelt sein.

Dabei müssten auch alle Aufgaben, die Städte gegenüber ihren Umlandgemeinden erfüllen, entsprechend berücksichtigt werden: "Österreichs Städte sind nicht nur die größten Investoren, sie tragen auch die Hauptverantwortung für die Folgen sozialer Veränderungen und die Infrastruktur für eine gesamte Region: öffentlicher Nahverkehr, Arbeitsplätze, Migration, Kultur, Sport - mit allen diesen Aufgaben versorgen Städte mehr als die unmittelbare Wohnbevölkerung sind damit Laboratorien des Fortschritts. Die Basisversorgung, die Kleingemeinden bereitstellen, damit zu vergleichen, ist völlig unsinnig", so Weninger.

Der Städtebund sei ein verlässlicher Partner für Gespräche, bei denen es um Strukturreformen gehe. Er warnt jedoch vor Beginn der Verhandlungen zum Stabilitätspakt davor, noch mehr Belastungen auf Städte und Gemeinden überzuwälzen: "Städte und Gemeinden werden zusätzliche Sparvorgaben durch die Bundesregierung nicht erfüllen können, ohne spürbare Einschnitte bei den täglichen Serviceleistungen wie Wasserversorgung, Müll, Gesundheit, Kinderbetreuung oder öffentlicher Nahverkehr", so Weninger.

Rückfragehinweis:

PID-Rathauskorrespondenz:
www.wien.gv.at/rk/
 Mag.a Saskia Sautner
 Mediensprecherin
 Österreichischer Städtebund
 Telefon: 01 4000-89990
 E-Mail: saskia.sautner@staedtebund.gv.at
www.staedtebund.gv.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/174/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Mödlhammer: Gemeinden sind Garanten für Lebensqualität und Effizienz

Utl.: Österreichischer Gemeindetag: Mehr als 2.000 Gemeindevertreter/innen tagen in Graz =

graz (OTS/Gemeindebund) - "Die Politik sollte nicht dauernd darüber nachdenken, wie sie die Gemeinden noch mehr belasten oder noch intensiver kontrollieren kann, sondern darüber, wie man die Rahmenbedingungen schaffen kann, damit die Gestaltungskraft der Gemeinden erhalten bleibt", sagte heute, Freitag, Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer vor rund 2.000 Bürgermeister/innen und Gemeindevertreter/innen beim Gemeindetag in Graz. "Seit Jahren nehmen die Belastungen und Aufgaben, die man den Gemeinden überträgt, zu. Bund und Länder schaffen an, die Gemeinden sollen das dann nicht nur umsetzen, sondern oft auch bezahlen", kritisierte Mödlhammer.

Die finanzielle Lage der Gemeinden, so Mödlhammer, werde nicht nur aufgrund der Wirtschaftskrise immer dramatischer. "Die Einnahmen sinken, die Aufgaben und Ausgaben werden aber immer mehr. Vor allem im Bereich der Kinderbetreuung und der Pflege explodieren die Kosten, die Gemeinden sind nicht mehr in der Lage, diese Lasten alleine zu

stemmen. "Dabei sind es die Gemeinden, die in den letzten Jahren als einzige Gebietskörperschaft den Stabilitätspakt auf Punkt und Beistrich eingehalten haben", so Mödlhammer weiter. "Ich bekenne mich dazu, dass auch die Gemeindebudgets saniert werden müssen. Das fällt aber schwer, wenn andauernd Versprechungen und Vorhaben von Bund und Ländern eingelöst werden müssen, die von den Gemeinden zu bezahlen sind."

Besonders in der Finanzierung der Pflege gäbe es einen dringenden Handlungsbedarf. "Seit Jahren weisen wir darauf hin, welche enormen Kosten aufgrund der demographischen Entwicklung auf uns zukommen werden. Die Sozialkosten steigen in den meisten Gemeinden um zweistellige Prozentwerte im Jahr. Unsere Warnungen wurden viel zu lange in den Wind geschlagen. Jetzt brennt der Hut und wir müssen schnellstmöglich zu neuen Modellen der Pflegefinanzierung finden." Die Menschen würden Verständnis dafür haben, dass sie dazu einen Beitrag leisten sollen, wenn sie sicher sein können, dass es dafür eine überprüfbare Gegenleistung gebe.

Mödlhammer warnte auch vor der Annahme, dass man alle Leistungen kostenfrei anbieten könne. "Es kann nicht so sein, dass besonders in Wahlkämpfen das Blaue vom Himmel versprochen wird und man den Menschen signalisiert, dass alles gratis sein muss. Die Menschen verstehen das besser, als viele Bundes- und Landespolitiker gemeinhin glauben."

Die Gemeinden seien selbstverständlich bereit, auch den Sparstift anzusetzen. "Die Entwicklung der Steuereinnahmen zwingt uns ja auch dazu." Auch im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit gäbe es noch Potential, das Experten auf rund 100 Millionen Euro pro Jahr schätzen. "Ich halte aber schon fest - und alle Zahlen belegen dies sehr deutlich - dass es gerade die kleinen Gemeinden sind, die besonders sparsam wirtschaften. Sie haben deutlich geringere Verwaltungskosten pro Einwohner, sie haben auch einen erheblich geringeren Personalstand pro 1.000 Einwohner. Wer also glaubt, dass man mit der Zusammenlegung von Gemeinden Verwaltungskosten sparen kann, der irrt sich gewaltig. Je größer eine Gemeinde ist, umso höher werden die Kosten."

Klare Wort fand Mödlhammer auch zur immer wieder diskutierten Forderung nach mehr Kontrolle der Gemeinden. "Wir sind die am besten kontrollierte Gebietskörperschaft überhaupt. Drei Ebenen haben das Kontrollrecht auf kommunaler Ebene. Wir brauchen keine zusätzliche Ebene durch den Rechnungshof, das führt nur zu noch mehr Bürokratie und ist zudem ein verfassungsrechtlicher Anschlag auf die Autonomie der Gemeinden."

Abschließend richtete Mödlhammer - in Anwesenheit von Bundespräsident Heinz Fischer, Festredner Vizekanzler Josef Pröll und Landeshauptmann Franz Voves einen Appell an die Partner der Gemeinden auf Bundes- und Landesebene: "Wir sollten uns gemeinsam viel intensiver überlegen, wie wir die Rahmenbedingungen verbessern können, damit die Gemeinden ihren Gestaltungsspielraum wieder zurückbekommen. Dass sie auch weiterhin die Lebensqualität für die Bürger/innen schaffen können und nicht zu reinen Verwaltungskörpern werden. Dazu brauchen wir die entsprechenden Freiräume und natürlich auch die finanziellen Mittel."

Der 57. Österreichische Gemeindetag endet heute, Freitag, mit Ansprachen von Bundespräsident Dr. Heinz Fischer und der Festrede von Vizekanzler und Finanzminister DI Josef Pröll.

Rückfragehinweis:

Österreichischer Gemeindebund
Daniel Kosak (Pressesprecher)
Tel.: (01) 512 14 80/18, Mobil: 0676 / 53 09 362
<mailto:daniel.kosak@gemeindebund.gv.at>
<http://www.gemeindebund.gv.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/153/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

BURGENLAND



Burgenland: www.burgenland.at

Meldungen: keine

KÄRNTEN



Kärnten: www.ktn.gv.at

Meldungen:

Land streicht Beihilfe für Kindergarten-Kosten

Kleine Zeitung

Den seit 2006 geleisteten Zusatzbetrag für sozial schwache Familien gibt es nicht mehr. "Wir haben im Budget dafür nichts mehr vorgesehen", ...

BZÖ-Petzner: FPK setzt sozialen Kahlschlag fort und schafft Gratis-Kindergartenjahr ab!

Klagenfurt (OTS) - "In allen Bundesländern ist das letzte Kindergartenjahr vor Schuleintritt verpflichtend und für alle kostenlos. Nur in Kärnten nicht mehr. Denn die FPK hat in Fortsetzung ihres sozialen Kahlschlages jene Unterstützung gestrichen, die bisher gewährt wurde, wenn die Kosten für den Kindergartenplatz die vom Bund getragene Leistung von 76,50 Euro überschreiten. Damit werden Zwei-Klassen-Kinder geschaffen und sozial Schwache fallen durch den Rost", wettet der geschäftsführende Kärntner BZÖ-Bündnisobmann NRAbg. Stefan Petzner.

Die ersatzlose Streichung dieser "Landes-Kinderbetreuungshilfe" sei umso unverständlicher, weil der dadurch erzielte Einsparungseffekt minimalst sei, so Petzner weiter. "Es gibt bessere und gerechtere Sparmaßnahmen mit weit höherem Spareffekt", sagt Petzner und nennt etwa die Halbierung des Landtages oder die Abschaffung der unnützen Bezirksschukinspektoren. "Die FPK hat jedes soziale Gewissen verloren und hat als Familienpartei längst abgedankt", schließt Petzner und fordert ein Machtwort des Landeshauptmannes, um diese Kahlschlag-Aktion rückgängig zu machen.

Rückfragehinweis:

BZÖ Kärnten - Medien

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/4527/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

NIEDERÖSTERREICH



Niederösterreich: www.noel.gv.at

Meldungen: keine

OBERÖSTERREICH



Oberösterreich: www.ooe.gv.at

Meldungen:

OÖ Familienkarte - Antrag bzw. Änderungsformular für die OÖ ...

Die Gemeinde/der Magistrat übermittelt den Antrag dem Familienreferat des ... und beim Amt der Oö. Landesregierung) sowie beim Familienreferat im Amt der ...

www.land-oberoesterreich.gv.at/.../Antrag_Familienkarte.pdf

SALZBURG



Salzburg: www.salzburg.gv.at

Meldungen: keine

STEIERMARK



Steiermark: www.steiermark.at

Meldungen: keine

TIROL



Tirol: www.tirol.gv.at

Meldungen:

→ Siehe auch: [Die elementaren Fragen der Kinder](#)

VORARLBERG



Vorarlberg: www.vorarlberg.at

Meldungen: keine

WIEN



Wien: www.wien.gv.at

Meldungen:

„Chancengerechtigkeit durch Bildung. Neue Konzepte und Ideen vom Kindergarten bis zur Universität“

13. September 2010, 18 Uhr, Rathaus Wien
Offener Bildungsgipfel des Grünen Klubs im Rathaus in Kooperation mit der Grünen Bildungswerkstatt

→ Siehe pdf-Beilage „Einladung Grüner Bildungsgipfel...“

Aktuelles Kinderprogramm im Wien Museum

➔ Siehe pdf-Beilage „Kinderprogramm...“

Wenn Sie zusätzlich einen Folder per Post haben möchten, teilen Sie uns bitte Ihre Postadresse mit.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Mit freundlichen Grüßen

Mag.^a Daniela Sommer
Vermittlung, Bildung und BesucherInnenservice
Stellvertretende Abteilungsleiterin
WIEN MUSEUM
1040 Wien, Karlsplatz
Tel: (+43-1) 505 87 47 - 85180
Fax: (+43-1) 505 87 47 - 85187
Mail: daniela.sommer@wienmuseum.at
Web: www.wienmuseum.at

Einladung zur DSCHUNGEL Lounge am Di. 28. Sep. 18:00

Sehr geehrte Pädagogin, sehr geehrter Pädagoge!

Wir laden Sie herzlich zur kommenden DSCHUNGEL Lounge für PädagogInnen am Di. 28. Sep. 18:00 ein!

Die Veranstaltung gibt Einblick in den neuen DSCHUNGEL WIEN Spielplan 2010/11 für den Bereich Kindergarten & Kindergruppe und informiert Sie weiters über Fortbildung, Kulturvermittlung sowie Aktuelles aus dem Bereich der Darstellenden Kunst in Österreich.

Die DSCHUNGEL Lounge für PädagogInnen ermöglicht intensiven Austausch und Vernetzung zwischen PädagogInnen, TheaterpädagogInnen, Kunstschaffenden, Persönlichkeiten des öffentlichen Bereiches sowie den DSCHUNGEL WIEN MitarbeiterInnen.

Nach der Präsentation sowie einer exklusiven Führung hinter die Kulissen stehen Ihnen beim Buffet die anwesenden KünstlerInnen und DSCHUNGEL WIEN MitarbeiterInnen gerne für weitere Informationen und Gespräche zur Verfügung.

Um Anmeldung wird gebeten. Eintritt frei!

Wir freuen uns auf Ihr Kommen,
Stephan Rabl (Direktor) & Sabine Forstner-Widter (Pädagogische Einrichtungen)

Programm

18:00 DSCHUNGEL Lounge für den Bereich Kindergarten & Kindergruppe
19:00 Führung
19:30 Buffet

➔ Siehe auch pdf-Beilage „Einladung DSCHUNGEL LOUNGE...“

Mag.^a Sabine Forstner-Widter
Pädagogische Einrichtung | Kulturvermittlung
DSCHUNGEL WIEN Theaterhaus
MuseumsQuartier Wien

MQ | Museumsplatz 1 | A-1070 Wien
Fon +43.1.522 07 20-18
www.dschungelwien.at

ELEMENTARPÄDAGOGIK

Förderungsmöglichkeiten

Lehrbuch Elementarpädagogik: Theorien, Methoden und Arbeitsfelder

Betreuung, Bildung und Erziehung von Kindern in der Zeit vor ihrem Schuleintritt hat in Deutschland eine lange Tradition. Die inhaltlich-fachliche Auseinandersetzung mit elementarpädagogischen Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsinstitutionen ist nach wie vor aktuell und brisant. Bis heute wird darüber diskutiert, wie dieses Arbeitsfeld ausgestaltet werden soll, wer in diesem Bereich arbeiten darf und kann, wie entsprechende Ausbildungsstrukturen und -inhalte gestaltet werden müssen und welcher rechtlichen Rahmenbedingungen es bedarf. In diesem Lehrbuch werden unterschiedliche Entwicklungstendenzen, Diskurse und Reformdebatten in Bezug auf die elementarpädagogische Betreuung, Erziehung und Bildung aufgezeigt und ausdifferenziert. Dazu gehört u.a. die Auseinandersetzung mit sozialhistorischen und gegenwärtigen Fragen im Hinblick auf Vorstellungen und Leitbilder von Kindsein und Kindheit, mit der Entstehungsgeschichte und aktuellen Entwicklungen institutioneller Betreuungs-, Erziehungs- und Bildungseinrichtungen für Mädchen und Jungen im Kindesalter. Zentrale elementarpädagogische Theorien, Ansätze, Konzepte und Methoden werden neben unterschiedlichen Arbeitsfeldern und Bedürfnissen der Adressaten der Elementarpädagogik ebenso diskutiert wie bildungs- und sozialpolitische Themen.

➔ Weitere Informationen und Bestellung: http://www.uni-graz.at/paedaaww_flyer_lehrbuch_ep.pdf

ELTERNBILDUNG

Weiterbildung zur/m Eltern-TrainerIn

besonders für PsychologInnen, PädagogInnen und ErwachsenenbildnerInnen, bzw. für Menschen, die sich beruflich weiterbilden möchten.

An 6 Wochenenden ab 15. Oktober 2010 in Wien.

Seminare für Eltern

➔ Siehe Beilage „NL EWS...“

KONTAKTADRESSE:

Silvia Berthold

Elternwerkstatt

E-Mail: silvia.berthold@elternwerkstatt.at; silvia.berthold@gmx.net

Tel.: 01/ 66 22 006; 0660/ 66 05 270

Programm 2010/11 der ElternAkademie an der Pädagogischen Hochschule Steiermark

Die ElternAkademie richtet sich mit ihren Bildungsangeboten und Bildungsinhalten zur Kinder- und Jugenderziehung gleichermaßen an Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, an Studierende, Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen bzw. sich mit Erziehungs- und Betreuungsaufgaben beschäftigenden Personen, mit dem Ziel, in gegenseitiger Wertschätzung und Anerkennung für das Wohl unserer Kinder und Jugendlichen zu agieren.

Die Teilnahme an den Vorträgen und Workshops ist kostenlos.

➔ [Folder EAK 2010/11](#)

➔ **Anmeldung:** z4@phst.at

FAMILIENPOLITIK

Familienhärteausgleich, Freifahrt/Fahrtenbeihilf, Kinderbetreuungsgeld, Schulbuchaktion

Name	Bereich	Letzte Änderung
Ansprechpartner und Antragsformular	Familienhärteausgleich	06.09.2010
Selbstbehaltrückzahlung/Finanzämter	Freifahrt und Fahrtenbeihilfen	08.09.2010
Kinderbetreuungsgeld	Kinderbetreuungsgeld	10.09.2010
Rückzahlungen/Finanzämter	Schulbuchaktion	08.09.2010

FRÜHFÖRDERUNG, FRÜHPÄDAGOGIK, FRÜHKINDLICHE BILDUNG

Mayer: "Brauchen die gemeinsame Schule, sonst ist keine Bildungsreform möglich" - Plädoyer für "Mut zu Bildungsreformen": Für neue Lehrerausbildung, neues Dienstrecht und Verwaltungsreform

Wien (OTS/SK) - SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer bekräftigte heute, Donnerstag: "Wir brauchen die gemeinsame Schule, sonst ist keine Bildungsreform möglich. Es kann keine moderne, sinnvolle Schulreform geben, die das Thema gemeinsame Schule ausklammert. Die ÖVP muss hier der eigenen Wissenschaftsministerin folgen", erinnerte Mayer daran, dass Ministerin Karl - so wie die SPÖ - für die gemeinsame Schule eintritt. Anzugehen seien jetzt auch zentrale Reformschritte wie die neue Lehrerausbildung, das neue Dienstrecht und eine grundlegende Verwaltungsreform zur Effizienzsteigerung. Durch die von Bildungsministerin Claudia Schmied gesetzten Bildungsreformen werde es gelingen, in Österreich zu "Topschulen" zu kommen, so Mayer.

Der SPÖ-Bildungssprecher betonte, dass eine moderne Schule folgende wichtige Reformschritte brauche:

- 1) Verbesserte Frühförderung:** Mit dem verpflichtenden Kindergartenjahr sei hier bereits ein "wichtiger Durchbruch" gelungen, jetzt seien weitere Schritte bei der Frühförderung wichtig
- 2) Stärkung der Individualisierung des Unterrichts:** Hier gehe es um Qualitätssicherung und Kompetenzsteigerungen in den Grundfertigkeiten durch Bildungsstandards; Lesen, Schreiben und Rechnen müssen am Ende der Volksschulzeit fest verankert sein
- 3) Verbesserte Begabtenförderung und Chancengerechtigkeit** durch die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen: "Wir dürfen hier nicht zuschauen, wie unsere Kinder getrennt werden, statt sie zu fördern", so Mayer; Talente fördern durch fordern; Schwächere stärken durch fördern; Lernziele werden durch Bildungsstandards optimiert
- 4) Modulare Oberstufenstruktur:** die teilzentrierte Matura sichert hier die Reife für die tertiäre Ausbildung.

Zwtl.: Weg von Nebengleisen, hin zu zentralen Reformen

In der Bildungsdebatte gelte es, "aus den Nebengleisen zu kommen", so Mayer, der klarmachte, dass es folgende Reformen brauche:

- 1) Neue Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer: gemeinsame Ausbildung aller Lehrer auf universitärem Niveau
- 2) Neues Dienstrecht: einheitliche gesetzliche Rahmenbedingungen für alle Lehrer; außerdem sei zu überlegen, wie man junge talentierte Menschen motiviert, den Lehrberuf zu ergreifen, dazu gehörten auch höhere Einstiegsgehälter bei höherer Lehrverpflichtung
- 3) Verwaltungsreform zur Effizienzsteigerung: Rückführung der aufgeblähten Verwaltungsapparate zu effizienten Organisationsformen; Aufgaben- und Ausgabenverantwortung in einer Hand; autonome Schulstandorte: mehr Verantwortung direkt an die Standorte; Bildungsdirektionen auf Länderebene; Abschaffung der Bezirksschulräte.

Zum Thema Studiengebühren bekräftigte der SPÖ-Bildungssprecher, dass die Beschlussfassung in der SPÖ klar sei: "Wir wollen den freien Zugang erhalten". (Schluss) mb

Rückfragehinweis:

SPÖ-Bundesorganisation, Pressedienst, Löwelstraße 18, 1014 Wien
Tel.: 01/53427-275

<http://www.spoe.at/impressum>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK

Lebenshilfe: Was macht die Schule inklusiv?

Die inklusive Schule wirft viele Fragen auf. Hier lesen Sie die Antworten...

[Mehr ...](#)

FEST DES AUGES

Der ÖBSV-Dachverband ist beim heurigen FEST DES AUGES der Landesgruppe für Wien, NÖ und Burgenland stark vertreten. Vor dem "Haus des Auges" in der Hägelingasse 3 wird ein Zelt aufgebaut, in dem sowohl die Schulungseinrichtung für blinde und sehbehinderte Menschen (SEBUS), als auch die Einrichtung für Text, Ton und Medien

(ETTM) untergebracht sind. "Besuchen Sie uns, fordern Sie am Glücksrad Fortuna heraus und stellen Sie Ihr Wissen über behinderungsspezifische Themen unter Beweis", locken ETTM-Leiterin Mag. Barbara Vielnascher und SEBUS-Leiter Peter Sternthal. Nachsatz: "Es gibt kleine Preise zu gewinnen."

Beim Stand des Hilfsmittelshops präsentiert Sina Brychta, Assistentin im ÖBSV-Bundessekretariat, hilfreiche Waren. Am selben Stand informiert auch die gut sortierte Hörbücherei des Dachverbandes.

Das FEST DES AUGES bietet mit 24 Standplätzen und einem ganztägigen, vielfältigen Programm auf der Straßenbühne, im großen Kinderbereich sowie in den zwei Häusern des Verbandes, dem Louis Braille Haus und dem Haus des Auges, Attraktionen für die ganze Familie, für blinde, sehbehinderte und sehende Menschen. Neben den Angeboten auf der Hägelingasse gibt es auch vier große Themenbereiche: Selbsterfahrung - Prävention - Hilfsmittelfirmen und Optiker - Sport und Freizeit !

Wann? Samstag, dem 11. September 2010 von 10 bis 18.30 Uhr Wo? Wien 14, Hägelingasse / Höhe Hütteldorfer Straße 122 Eintritt frei!

KINDERGARTEN

Was kostet ein Kinderbetreuungsplatz in Österreich?

Die Kosten eines Kinderbetreuungsplatzes stellen eine wichtige Informationsbasis für politische und wirtschaftliche Entscheidungen dar, Untersuchungen über die Höhe und Struktur der Ausgaben für die Träger gab es in Österreich bisher allerdings nicht.

Dieses neue Working Paper analysiert anhand der Kindertagesheimstatistik der Statistik Austria die Kosten unterschiedlicher Formen und Modelle von Kinderbetreuung wie z. B. Krippen, Kindergärten und Tageseltern, wobei nach Kostenbereichen sowie nach Ganztags- bzw. Halbtagsbetreuung differenziert wird.

Die Ergebnisse werden in tabellarischer Form dargestellt und sind nach Bundesländern bzw. öffentlichen und privaten Einrichtungen aufgeschlüsselt.

Markus Kaindl, Eva Festl, Rudolf Karl Schipfer, Georg Wernhart: Kosten der Kinderbetreuung - Höhe und Struktur der Ausgaben der Träger

→ http://www.oif.ac.at/aktuell/wp_74_kosten_kinderbetreuung.pdf

KINDERRECHTE

→ **Siehe auch: Masterlehrgang Kinderrechte Uni Graz**

MIGRATION, MIGRANTEN, INTEGRATION

Franz Fischler: Integration basiert auf Kommunikation

Nur die Qualifikation von neuen Zuwandern und Zuwanderinnen im Auge zu haben, greift zu kurz. Es ist heutzutage nahezu üblich geworden, fremdenfeindliche Aussagen damit zu begründen, dass man ja nur "dem Volk aus der Seele" spreche. Und man unterstellt damit einer ganzen Nation Fremdenfeindlichkeit. In diese Kategorie fallen wohl auch die schlechten Angewohnheiten, so unterschiedliche Dinge wie Asyl und Zuwanderung in einen Topf zu werfen oder Menschen mit Migrationshintergrund auf die Aspekte "öffentliche Sicherheit und Sozialmissbrauch" zu reduzieren, wenn es gerade ins Kommunikationskonzept passt.

Niemand bestreitet, dass erfolgreiche Integration bei der Bildung ansetzen muss. Dabei nur die Qualifikation von neuen Zuwandern und Zuwanderinnen im Auge zu haben, greift aber zu kurz, ebenso die Annahme, dass Österreich in Zukunft nur Akademiker und Akademikerinnen und Techniker und Technikerinnen braucht.

Denn zum Beispiel gerade im Pflegebereich und in verschiedenen Sozialberufen werden wir schon bald wesentlich mehr Personal brauchen, und dafür sind andere Qualitäten erforderlich als akademische Titel.

Bildung und Ausbildung muss zuallererst bei jenen Immigranten und Immigrantinnen und ihren Kindern ansetzen, die bereits in Österreich leben. Derzeit sind die 15- bis 29-jährigen Ausländerinnen und Ausländer in der Regel bedeutend schlechter ausgebildet als die Österreicherinnen und Österreicher derselben Altersgruppe.

Dazu kommt, dass im Ausland erworbene Bildungsabschlüsse in Österreich oft nicht anerkannt werden und damit den Betroffenen nur weniger qualifizierte Arbeiten offenstehen. Dabei ist die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen ohnedies, sowohl unter den Inländer und Inländerinnen als auch den Ausländern und Ausländerinnen, wesentlich höher als im Durchschnitt der Bevölkerung. Wenn aber gerade jungen Menschen eine vernünftige Zukunftsperspektive fehlt, entsteht sozialer Sprengstoff, der sich schnell entzünden kann.

Integration und Bildung verstärken einander. Die Liste, was hier getan werden muss, ist lang: Ausbau der Sprachkompetenz beginnend im Kindergarten; Erleichterung einer höheren Qualifikation durch ein Bildungssystem, das nicht schon mit dem zehnten Lebensjahr in unterschiedliche Bildungskarrieren selektiert, bessere Anerkennungsmöglichkeiten für im Ausland erworbene Ausbildungen und eine bessere Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund in unser soziales und gesellschaftliches Gefüge; um nur die dringlichsten Notwendigkeiten zu nennen.

Im Jahr 2009 waren mehr als 15 Prozent der österreichischen Bevölkerung Personen mit nichtdeutscher Muttersprache. Die Tendenz ist steigend. Migranten und Migrantinnen werden für die Wirtschaft und das Sozialsystem zunehmend bedeutender.

Ihre Integration in unsere Gesellschaft muss sich dementsprechend weiterentwickeln. Dazu müssen wir uns aber zu allererst von der Illusion verabschieden, dass nur jene erfolgreich integriert sind, die unsere Weltanschauung und unser Brauchtum teilen. (DER STANDARD, Print-Ausgabe, 11./12.9.2010)

FRANZ FISCHLER, promovierter Agronom, war Landwirtschaftsminister und EU-Agrarkommissar. Derzeit ist er Präsident des Ökosozialen Forums.

<http://derstandard.at/1282979444014/Franz-Fischler-Integration-basiert-auf-Kommunikation>

PÄDAGOGEN/INNEN

Lehrer als Vermittler zwischen den Kulturen - Das Thema Vielfalt wird auch in der pädagogischen Ausbildung wichtig.

Innsbruck - Nicht nur in der Politik, sondern auch im Klassenzimmer wird das Miteinander verschiedener Kulturen und Ethnien oft zum Zankapfel. „Im Schulalltag soll Vielfalt bestehen und bleiben dürfen. Es ist wichtig, dass sich Pädagogen während ihrer Ausbildung intensiv mit der Thematik beschäftigen“, erklärt Eberhard Spiss, Vizerektor der Kirchlich Pädagogischen Hochschule Edith Stein.

Um Ausgrenzung zwischen Schülern unterschiedlicher Herkunft zu vermeiden, sei es vor allem wichtig, sich mit deren Religion auseinanderzusetzen. Dabei gehe es weniger um Integration, sondern vielmehr um Inklusion, das Akzeptieren anderer Kulturen und Ethnien, so wie sie sind.

Doch nicht nur kulturelle und religiöse Unterschiede können auf Grund von Vorurteilen im Klassenzimmer zum Pulverfass werden. Auch Kinder mit Behinderung würden im Schulalltag oft ausgegrenzt werden und nicht ohne Grund hätten getrennte Mädchen- und Jungenschulen lange Tradition. Sowohl im Kampf der Geschlechter, als auch bei Kindern mit Behinderung sei ein sensibles Eingreifen von Seiten der Lehrer gefragt,

weiß Spiss.

„Unsere Gesellschaft ist durch Vielfalt gekennzeichnet. Dementsprechend zieht sich dieser Themenbereich durch alle Studienpläne an unserer Hochschule“, erklärt Spiss.

Trotz allem Bemühen von Seiten der Lehrer sei es jedoch nicht leicht, im Schulalltag für ein friedliches Miteinander zu sorgen. Den größten Einfluss übe nämlich nach wie vor das Elternhaus auf die Kinder aus. Wer mit Vorurteilen aufwachse, werde diese nicht vor den Schulmauern ablegen. Trotzdem ist Spiss davon überzeugt, dass Pädagogen im Schulalltag eine wichtige Vorbildrolle in Sachen Akzeptanz und Toleranz einnehmen können. „Kinder verbringen einen großen Teil ihrer Zeit in der Schule. Wer, außer den Lehrern, soll und muss hier ansetzen?“, fragt der Vizerektor.

Von Julia Hosch - <http://www.tt.com/csp/cms/sites/tt/Tirol/1249377-2/lehrer-als-vermittler-zwischen-den-kulturen.csp>

PARLAMENTSMELDUNGEN

Der Familienausschuss hält Dienstag, den 14. September 2010, um 11 Uhr im Lokal VIII Sitzung.

- 4.) **Antrag der Abgeordneten Mag. Daniela Musiol, Kolleginnen und Kollegen betreffend Fortsetzung des Bundeszuschusses zum Ausbau der Kinderbetreuung (1198/A(E))**

Volltext/Dokumente

Beschreibung	Dateiformat 1	Dateiformat 2
Entschließungsantrag gescannt	 PDF-Image (137 KB)	
Entschließungsantrag elektronisch übermittelt	 PDF (104 KB)	 HTML (12 KB)

PLATTFORM EDUCARE

Selbstverständnis

Forderungen

Mitglieder

Presse-
Aussendungen

NEUE MITGLIEDER DER PLATTFORM EDUCARE



**Mag.^a
Patrice
FUCHS**

Psychologin und freiberufliche ORF-Redakteurin
In Schweden geboren, lebt heute in einer Zwei-Kinder-Patchworkfamilie in Wien.
Nicht nur als Sozialreferentin und später Bundesvorsitzende der österreichischen Hochschülerschaft gehören die Fragen der Vereinbarkeit von Studium/Familie und verantwortlicher Elternschaft/Beruf zu ihren besonderen Anliegen.

2000 bis 2001 Betreuung des kinderfreundlichen Lokals `Macken´ auf der Wiener Gumpendorfer Straße

2006 Eröffnung des Umstandsmodengeschäfts "unter umständen"

2009 Erscheinen des Buches "Warum Kindergärten Kindern gut tun" (edition rot; ISBN-978-3-901485-99-2)

Seit 2010 Betreiben des Eltern-Online-Magazins www.babylog.at

Kontakt:

E-Mail: patrice.fuchs@reflex.at

SPRACHE, SPRACHENTWICKLUNG, SPRACHFÖRDERUNG

Fachtagung "Sprachförderung im Elementarbereich" / Vorträge online

Im Rahmen der Fachtagung "Sprachförderung im Elementarbereich" des Niedersächsischen Kultusministeriums ist das von der interdisziplinären "Kommission Sprachförderung" erarbeitete Grundlagenpapier präsentiert und zur Diskussion gestellt worden. Das Grundlagenpapier setzt Eckpunkte für ein neues Handlungskonzept bei der Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen und vor der Einschulung.

Die Bedeutung neuer Ansätze und deren Perspektiven in der Sprachförderung unterstrich der Niedersächsische Kultusminister Dr. Bernd Althusmann bereits in seiner Begrüßungsrede vor rund 900 Teilnehmern.

In einem elementarpädagogischen Vortrag zur Förderung frühkindlicher Lern- und Entwicklungsprozesse setzte sich der Präsident des Didacta Verbands Prof. Dr. mult. Wassilios E. Fthenakis für die Gestaltung fachlich fundierter und kindgerecht organisierter Bildungsprozesse im Elementarbereich ein und appellierte hierbei an die bildungspolitische Verantwortung.

Den Tagungsablauf können Sie [hier](#) nochmals nachlesen.

Die nachfolgende Vorträge wurden uns freundlicherweise von den Referentinnen und Referenten zur Veröffentlichung zur Verfügung gestellt.

Vortrag von Frau Dr. Lütke-Entrup (67 KB)

Vortrag von Herrn Prof. Dr. Fthenakis (6311 KB)

Zugleich haben Sie hier auch die Möglichkeit, den Diskussionsentwurf der

Handlungsempfehlung zur Sprachförderung im Elementarbereich

herunterzuladen (243 KB).

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

[Kindgemäße
Pädagogik -
Veranstaltungen
und Events](#)

Lifelong Guidance Fachtagung „Career Management Skills in allen Lebensphasen“ am 27. und 28.09.2010 in Wolkersdorf bei Wien, sowie am 29. und 30.9.2010 in Igls

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir möchten Sie recht herzlich zur diesjährigen Lifelong Guidance Fachtagung „Career Management Skills in allen Lebensphasen“ einladen.

Die Veranstaltung findet am 27. und 28.09.2010 in Wolkersdorf bei Wien, sowie am 29. und 30.9.2010 in Igls statt.

Die Fachtagung soll österreichischen (Bildungs-)Berater/innen, Pädagog/innen, Trainer/innen und Verantwortungsträger/innen für Information, Beratung und Orientierung für Bildung und Beruf die Möglichkeit für einen bundesländerübergreifenden Austausch geben.

Ziele der Veranstaltung:

- Diskussion über die Bedeutung und den Stellenwert von „Career Management Skills“ für Information, Beratung und Orientierung für Bildung und Beruf in Österreich
- Austausch über Methoden und Praktiken zur Erlangung von „Career Management Skills“ in allen Lebensphasen
- Entwicklungsansätze für notwendige Rahmenbedingungen zur Verankerung von „Career Management Skills“ in Bildungs- und Beratungsprogrammen

Anbei finden Sie ein Einladungsschreiben sowie einen Abstract über Career Management Skills mit der Bitte diese Informationen an Interessierte weiterzuleiten.

Informationen zur Anmeldung und die vorläufige Agenda finden Sie unter www.lifelongguidance.at

➔ Siehe auch die pdf-Beilagen „Abstract...“ und „Einladung 2010...“

Mit freundlichen Grüßen

Mag.a Romana Knorre

Tel.: 0043676/84 17 17 45

Projekt BerufsFindungsBegleiter/in MIG - Lehrstellenbewerbungsmanagement

Region Voitsberg

Steirische Volkswirtschaftliche Gesellschaft

Freiheitsplatz 2/III

8010 Graz

www.berufsorientierung.at

www.ibea.co.at

www.stvg.com

www.lifelongguidance.at

Von der Kindergartentante zum Bachelor of Education

Untertitel	Fachtagung über die Bedeutung von Forschung und Ausbildung für die Frühkindpädagogik
Kurs-Nr.	420/512
Termin	05.10.2010
Uhrzeit	08:30 - 17:00
Aufbau	Vorträge und Workshops
Veranstaltungsort	SiemensForum Wolfgang Pauli Straße 2 4020 Linz
Leitung	Frau Mag.a Iris Radler-Gollner
Teilnahmegebühr	€ 59
Inhalt	<p>KindergartenpädagogInnen müssen hierzulande in Kauf nehmen, dass sie vom Ausbildungsniveau her im europäischen Vergleich das Schlusslicht bilden. In nahezu allen europäischen Ländern wurde die Ausbildung in den letzten Jahren auf universitäres oder Fachhochschulniveau angehoben.</p> <p>Grund dafür ist das Erfordernis, Forschung und Ausbildung eng miteinander zu verknüpfen, um eine zeitgemäße und kindgerechte Pädagogik zu realisieren. Zudem sind die heutigen erzieherischen Anforderungen so komplex, dass eine pädagogische Praxis, die sich auf aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse stützt, unumgänglich ist. Nicht zuletzt erfährt der Beruf der KindergartenpädagogIn durch Gleichstellung des Ausbildungsniveaus mit allen anderen pädagogischen Berufen die längst notwendige Image-Aufwertung.</p> <p>Die Folgen fehlender Anschlussfähigkeit an europäische Qualifizierungsprofile und mangelnde Durchlässigkeit innerhalb der pädagogischen Berufsfelder machen sich in Österreich bereits massiv bemerkbar: Viele engagierte KindergartenpädagogInnen wandern mangels berufsspezifischer Studienmöglichkeiten in andere Studienrichtungen und fremde Berufsfelder ab. Der Engpass, eine flächendeckende Versorgung mit qualifiziertem Personal sicher zu stellen, ist vorprogrammiert.</p> <p>Unsere Tagung ist ein Forum für engagierte PädagogInnen und Reformfreudige. Unterstützt von der Plattform EduCare werden Informationen zum aktuellen Stand der Diskussion rund um die Akademisierung in Österreich geboten. Neben der Präsentation des ersten und einzigen österreichischen Lehrstuhls für Frühkindpädagogik (Uni Graz), hören Sie Fachvorträge von DozentInnen der Pädagogischen Hochschule der Diözese Linz und der Tiroler Gesundheitsuniversität UMIT. DozentInnen und Studierende der FH Koblenz berichten über ihre Erfahrungen aus dem Bachelor-Studium der frühen Kindheit. Nachmittag bieten Workshops die Möglichkeit, sich mit ExpertInnen auszutauschen.</p>

	und Visionen zu entwickeln.
Methoden	Vorträge, Diskussion, Workshops
Zielgruppe	An Pädagogik und Bildungsreformen Interessierte
Hinweis	Der Besuch der Fachtagung wird im Sinne des § 9 des OÖ. Kindergärten- und Horte-Dienstgesetzes im Ausmaß von einem Ganzttag für das Arbeitsjahr 2010/2011 auf das Fortbildungskontingent von Kindergarten- und HortpädagogInnen angerechnet.
Veranstalter	PGA - Akademie
Download	Tagungsfolder

➔ ONLINE-ANMELDUNG: http://www.pga.at/nc/kurseveranstaltungen/detailansicht.html?tx_ewuseminare_pi1%5Bid%5D=12855&tx_ewuseminare_pi1%5Bform%5D=1

"Kindertagespflege - zwischen Anspruch und Wirklichkeit" am 10.11.2010 14:00 Uhr bis 12.11.2010 13:00 Uhr im Bildungszentrum Erkner bei Berlin

➔ Siehe pdf-Beilagen „F235-10 Programm...“, „Anmeldebogen...“ und „Erkner...“

IMPRESSUM UND HINWEISE

Plattform EduCare

Postadresse:

Krausegasse 7a/10
1110 Wien
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265

Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype:



E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Schicken Sie uns Meldungen, die Sie anderen Mitgliedern zugänglich machen wollen

Verwenden Sie hierfür die E-Mail-Adresse: Informationsdienstl@Plattform-EduCare.org

Schreiben Sie uns Informationen, die Sie hier nicht finden, die aber für die Arbeit der Plattform EduCare wichtig sein könnten

Wir verarbeiten sie streng vertraulich: Informationspool@Plattform-EduCare.org

Änderungen zu diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer bisherigen E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist, und Ihrem Änderungswunsch (zum Beispiel: neue E-Mail-Adresse).

Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist.

Anregungen zu Stellungnahmen

Sollten Sie der Meinung sein, die Plattform EduCare sollte zu einem bestimmten Thema Stellung beziehen, schreiben Sie bitte Ihre diesbezüglichen Anregungen in einer [Mail](#) an uns - danke!

Mitteilung von Adressen, die unseren kostenlosen „Informationsdienst“ erhalten sollen

Sie möchten anderen Teilnehmern dieses kostenlosen Services eine Information zukommen lassen: bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit den entsprechenden Angaben.